

Bezugspreis:
Wierteljährlich 12.- M., monatlich 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Vierteljährlich 12.- M., einjährlich
48.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Reichsgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Fugenschaft 12.- M. für
das übrige Ausland 24.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Hoff und Welt“ der Unter-
haltungsbeilage „Grimmzeit“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegrams-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 25-97
Expedition Morisplatz 117 53-54

Freitag, den 25. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-
Abteilung Morisplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangsposten Kompositionsbefreiung
Inhalt 7.- M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Drucke Wort 2.- M. (un-
ter 100 Zeichen) weitere 1.00 M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.00 M. jedes weitere Wort
1.- M. Worte über 10 Buchstaben
gehören für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Einsendeschluß.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnung
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Die Opfer der Kommunisten.

Von dem Hungerstreik in Lichtenburg ausgehend haben die Kommunisten eine Aktion für die Opfer ihres Märtyrers, die in den Gefängnissen sitzen, inszeniert. Wenn nicht alles täuscht, so soll aus dieser Aktion eine neue Aktion erwachsen, die der Justiz neue Opfer in den Rücken treiben wird.

Wir haben stets die Justiz verurteilt, die verführte Arbeiter mit barbarischer Strenge für die Sünden ihrer unfähigen und gewissenlosen Führer büßen ließ. Aber auf der anderen Seite müssen wir mit größter Deutlichkeit hervorheben, daß die ursprüngliche Schuld an dem Tode der politischen Gefangenen die kommunistischen Führer tragen, die ihre Gefolgschaft mit einer Hinterhältigkeit in das Verderben gelockt haben, die in der Weltgeschichte ihresgleichen sucht. In ihrer gestrigen Abendausgabe versucht die „Rote Fahne“ erneut, ihren alten Schwindel aufzuwärmen, daß Severing und Höring den Zustand „provokiert“ hätten. Sie schreibt:

Der „Vorwärts“ verbindet mit seinen Zersplitterungsversuchen eine schamlose Kommunistenhebe. Wir werden durch die Lügen des „Vorwärts“ nicht betroffen. Wir weisen aber auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft darauf hin, daß feststeht, daß Severing und Höring die sogenannten Märtyrerköpfe einseitig provoziert haben, um hinterher eine Möglichkeit zu besitzen, revolutionäre Arbeiter und Funktionäre der kommunistischen Partei in die Justizhäuser zu werfen und unsere Partei in den wichtigsten Industriebezirken zu desorganisieren.

Demgegenüber wollen wir nun einmal auf die Gefahr hin, daß der „Rote Fahne“ die Augen übergehen, die wirklich historische Wahrheit an den Tag bringen, und zwar an der Hand von unüberleglichen Dokumenten kommunistischer Führer. Wir werden beweisen, daß in der freivoltesten Weise die mitteldeutschen Arbeiter von ihren Führern belogen und betrogen worden sind, daß man sie mit verbundenen Augen in das Verderben gehegt hat, daß man durch ein System von Schwindeleien und Provokationen die Massen in fiebernde Erregung versetzt hat, aus dem selbst ein Kriegspresseamt hätte lernen können.

Wir bringen im nachstehenden die Berichte, die die Führer der kommunistischen Märtyrerköpfe über ihre Tätigkeit verfaßt haben. Schon Paul Levi hat in seiner bekannten Broschüre über den Märtyrerkopf darauf hingewiesen, daß es im Plan der kommunistischen Kampfbewegung gelegen hat, die Schutzpolizei zu reizen und dann die Ausschreitungen der gereizten Polizei als Agitationsstoff in der Arbeiterbevölkerung zu verwenden. Levi betont aber an anderer Stelle seiner Broschüre, daß er sich in seinen tatsächlichen Angaben mit Rücksicht auf seine bisherige Parteigenossenschaft große Zurückhaltung auferlegt habe. Wir können ihm das bestätigen. Seine Angabe ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem System gerissenster Provokationen, mit dem die kommunistische Kampfbewegung arbeitete. Wir wollen auf die Quellen dieser Behauptung zurückgehen.

Die Aufstandsleitung in Halle lag bekanntlich in den Händen der Kommunisten Lemä und Bowitzky. Beide haben nach übereinstimmenden Aussagen Organisation und Leitung der Märtyrerköpfe in Händen gehabt. Ihre Berichte an die Zentrale sollen nunmehr zeigen, wo die wirklichen Angriffe und Provokationen geleistet haben. Beide können nicht von der KPD wie Levi als Ueberläufer verdächtigt werden, sondern sie sind der KPD bis zum Tode treu geblieben. Aus ihren eigenen Berichten soll die Arbeitererschaft nunmehr erfahren, wie sie von diesen beiden und der gesamten kommunistischen Zentrale heimtückisch ins Unglück gerissen worden ist.

Aus dem Bericht Lemäs.

Am 19. März tagte die Bezirksauswahlkommission in Halle. Dort wurde vereinbart, welche Haltung die Partei für Halle-Merseburg einnehmen sollte.

Wir waren uns klar, daß eine Aktion in Deutschland niemals auslösen würde der höflichste Erlaß, sondern eine Provokation herbeigeführt werden muß, und daß der erste, der berückichtigte erste Schutz von der gegnerischen Seite fallen mußte.

Schneider, der teilnahm, war mächtig impulsiv und wollte losbrechen. Ihm wurde erklärt, daß er erhöhte Alarmbereitschaft vorbereiten solle für die Generallinienparade, daß er sich jeder anderen Handlung enthalten solle. Das war bis mittags 1 Uhr. Nachmittags erfuhr ich, daß der Hölz bereits am Freitag in Halle war. Er hat geschlafen bei Paul Ruschka. Das war also am 18. Georg Schumann hat mir am 4. April erzählt, daß er schon seit längerer Zeit einen Auftrag von der Zentrale hat,

Hölz mit der Zentrale in Verbindung zu bringen.

Am 18. fuhr Hölz abends gegen 6 Uhr 12 Min. nach Eisenberg. Nachdem Schumann Ruschka mitteilte, daß er Hölz mit der Zentrale in Verbindung bringen solle. (Es folgen noch weitere Angaben über die Rolle Hölz', die in diesem Zusammenhang weniger interessieren. Red. d. „Vorw.“)

Schon am Montag waren seitens der KPD, die ersten Schüsse gewechselt, nicht von der anderen, sondern von unserer Seite. Das waren aber nur alles Plänkteleien. (Folgt Bericht über mehrere Sitzungen. Red.)

Am 20. fand in Halle eine Sitzung der Oberbezirksleitung statt. Anwesend waren Vertreter aus sämtlichen Bezirken Mitteldeutschlands und M.-P.-Bezirke. Dort wurde Bericht erstattet aus den einzelnen Bezirken. Die Stimmung war so schlecht und mies, daß man der Meinung war,

es bedürfe künstlicher Mittel,

um die Sache hochzubringen. (Folgt weitere Sitzungsberichte. Red.)

Am Mittwoch, den 23., nachmittags, war Eberlein (der kommunistische Landtagsabgeordnete. Red.) in Halle. Es fand eine Sitzung statt. Anwesend: Die Oberbezirksleitung, die beiden Genossen, Eberlein und ich. Es wurde die Aktion durchgesprochen. Hugo Eberlein machte den Vorschlag, wenn wir keine Parole finden, dann sollen im Laufe der nächsten Tage die Genossen Lemä und Bowitzky verhaftet werden, um so die hallesche Arbeiterschaft herauszulocken. Die populärsten Führer sollten verschwinden. Es sollten Märchen ausgebracht werden, wie man sie befreit hat, und versucht werden,

durch Attentate die Stimmung der Arbeiterschaft so aufzukutchen, daß sie in den Kampf zieht. Wir war einige Tage vorher die Mitteilung geworden, daß auf dem Thüringer Bahnhof in Halle ein Waggon 15-Zentimeter-Granaten, dekoriert als „Souveränitäten“ nach Wildpark bei Potsdam, angekommen wäre, und ein Waggon Infanteriemunition. Als ich dieses mitteilte, machte Eberlein den Vorschlag, wenn die Sachen noch da sind, dann werden beide Waggonen in die Luft gesprengt. Wir bringen dann morgen im „Klassenkampf“ (das kommunistische Blatt in Halle. Red.) noch den Bericht: Durch Unvorsichtigkeit die Munition der Konterrevolution in die Luft gestossen, die Wohnungen der Arbeiter zusammengepöckelt, hundert Arbeiter sind tot. Wenn das nicht wahr ist, widerrufen wir es noch einigen Tagen. Ich wurde sofort von Eberlein beauftragt, mit den führenden Genossen unserer Sprengkolonne in Verbindung zu treten und dann in der Nacht die Sachen hochgehen zu lassen. Abends 7 Uhr war die Sitzung der Bezirksleitung in Anwesenheit von Eberlein. Teilnehmer: Vorkis, Deisner, die gesamte Bezirksleitung, Bowitzky, von Halle Anise Genossen und Eberlein. Da wurde über die ganze Lage Bericht erstattet, und war Schumann derjenige, der abriet, die Aktion weiterzutreiben. Siebenmüller und Schumann sagten, daß wir noch Zeit hätten, den Generallinien abzublauen. Eberlein sagte, wir müssen die Sache weitertreiben, die Munition müsse in die Luft fliegen, oder man macht eine andere Sache, es passiert eine Explosion, so daß die Arbeiterschaft ausgerückt wird. Die meisten Genossen waren damit einverstanden, auch Deisner.

Auf Antrag der Bezirksleitung mußte sich Eberlein, Robert Siebenmüller, Lemä und Schneidewind in die Küche zurückziehen und Attentate für die kommende Nacht beraten. Da wurde der Vorschlag von Eberlein und Siebenmüller gemacht, in der Mittwoch-Nacht

unser Helm krachen gehen zu lassen.

weil mir sagten, das würde die Arbeiter am meisten aufregen, wenn man ihnen sagt, sie beschädigen nur Eigentum. Ich sprach dagegen und sagte, Sprengt lieber die Munitionsanstalt. Es wurde beschlossen, 2 Uhr nachts die Munitionsanstalt hochgehen zu lassen und 3 1/2 Uhr die Produktionsgenossenschaft. Schneidewind wurde damit beauftragt. Eberlein, Siebenmüller und Schneidewind gingen dann um 3 1/2 Uhr weg, um die Leute zusammenzukriegen. Das war am 18. In der ersten Nacht hat die Sache versagt. In der nächsten Nacht glückte es auch nicht.

(Der Bericht Lemäs, der das Datum des 8. April 1921 trägt, geht noch sehr ausführlich weiter. Lemä schildert hauptsächlich seine Kampftätigkeit während der Unruhen. Mit Max Hölz hat er heftige Differenzen gehabt. In einer der Auseinandersetzungen mit Hölz wird betont, daß von der Zentraleitung Bowitzky als politischer Kommissar, Lemä als militärischer Oberbefehlshaber eingesetzt war. Auf Hölz ist Lemä sehr schlecht zu sprechen, er erklärt ihn für einen Schinderhannes und Räuberhauptmann, der für sich Geld machen wolle. Wir behalten uns die Wiedergabe einzelner Teile dieses Berichts für einen späteren Zeitpunkt vor. Zunächst wollen wir einiges aus dem Bericht Bowitzkys wiedergeben, der die Angaben Lemäs, so unglaublich diese klingen, vollkommen bestätigt.

Aus dem Bericht Bowitzkys.

D., den 12. April 1921.

Offizier M. P. und politischer Kommissar für Mansfeld. Da über die Einleitung der Aktion meiner Zentrale eine ganz falsche Ansicht vorherrscht, so sehe ich mich veranlaßt, der Zentrale einen Bericht zu übermitteln, wie er mir noch im Gedächtnis ist. Es war am Freitag, den 18. März, als der Genosse Deisner und der Genosse Schumann-Halle mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen,

die Aktion unverzüglich einzuleiten.

Den Anlaß hierzu sollte die Befehung Mitteldeutschlands mit Sipo und Schupo abgeben. Man war sich im großen und ganzen darüber einig, daß die Aktion unter allen Umständen eingeleitet werden müsse. Von einigen Genossen jedoch wurden Bedenken darüber geltend gemacht, daß gerade Mitteldeutschland mit der Kerntruppe des revolutionären Proletariats den ersten Anstoß unternehmen sollte. (Folgt eine Schilderung, wie diese Bedenken widerlegt wurden. Red.)

Am Dienstag, den 22., erschien dann der Genosse Hugo (Hugo Eberlein. Red.) aus Berlin als Beauftragter der Zentrale, um die Aktion in Mitteldeutschland voranzutreiben und zu leiten. Er machte nunmehr über die Durchführung der Aktion ganz konkrete Vorschläge und brachte den Auftrag der Zentrale, unter allen Umständen in Mitteldeutschland eine Parole zu schaffen, durchzuführen für das ganze Reich in Frage kommen könnte. Dies war insofern außerordentlich schwer, weil die zur Befehung erscheinenden Sipomannschaften sich trotz aller Provokationen außerordentlich zurückhielten. Es war selbst im Mansfeldischen nicht möglich geworden, sie irgendwie, selbst durch Bestimpfungen aus ihrer Reserve herauszulocken. Sie spielten Karten, rauchten ihre Pfeife und brachten ihre Freude über die Zurückhaltung unverhohlen zum Ausdruck. Dies waren die Berichte des Genossen Bäcker-Teufelshof. Es wurde dann von dem Genossen M. 7 (Müller 7. Red.) der Vorschlag gemacht, dann doch in freudenschafflicher Weise sich mit den Sipomannschaften zu unterhalten, einzubringen in ihre Wachtlokale oder Untertänste, sie entweder dadurch zur Abwehr zu reizen, und falls dies nicht gelänge, ihnen einfach dann ihre Waffen gewaltsam zu entziehen. Bäcker erhielt den Auftrag, in Eisenberg eine Verammlung unter freiem Himmel zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit in der vorbeschriebenen Weise einen Konflikt zu schaffen.

Bis dahin war in Mitteldeutschland auch noch nicht ein Begehren von der Sipo befehrt worden, und die gegenteiligen Berichte, wonach die Leuna-Werke von Sipoleuten besetzt gewesen seien, entbehren jeder Grundlage. Das Unwahrere ist durch Sipo erst befehrt worden nach der Befehung am Mittwoch, den 30. März. Genosse Hugo machte nunmehr den Genossen der Illegalen verschiedene Vorschläge, wie eine wirksame Parole unter den gegebenen Verhältnissen geschaffen werden könne. Er gab den offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Seesen und einige Stunden darauf, um die Begehrtwirkung glaubhaft zu machen,

das neuverordnete Grundstück der Produktionsgenossenschaft in die Luft zu sprengen.

Einigen Zufällen ist es zuzuschreiben, daß beide Aufträge nicht zur Durchführung gelangen konnten. Ferner wurde folgender Plan in Ermüdung gezogen: Der Genosse Lemä und ich sollten uns bereithalten, um für einige Zeit von Halle spurlos zu verschwinden. Der Plan war folgendermaßen gedacht: Es sollte in der Nacht durch einige Stohrupps eine lebhafteste Schießerei, möglichst auch mit Handgranaten, an einigen Punkten der Stadt einsehen. Es sollte dann die Meldung verbreitet werden, der Genosse Lemä sei bei den Kämpfen schwer verwundet und durch Sipo oder Orgeß-Teufel im Auto verschleppt worden, unbekannt wohin. Eine ähnliche Komödie sollte mit meiner Wenigkeit aufgeführt werden. Da unsere Namen bei der Arbeiterschaft einen guten Klang haben, so erhoffte man

dadurch ein gutes Ansteigen der Empörung

und einen spontanen Ausbruch des Generallinien. Von der Durchführung dieses Planes kam man durch die Weiterentwicklung der Verhältnisse ab.

Am anderen Morgen gab der Genosse Hugo in einer Zusammenkunft in der „Stadt Dresden“ seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß in Halle nicht das geringste kläppte. Die Illegalen wäre vollkommen versaut, es wäre geradezu unerhört, daß noch

nicht einmal ein anständiges Stück Zündschnur vorhanden wäre, mit dem zuverlässig ein solcher Auftrag durchgeführt werden könne. Gemeint war damit der Aufschlag auf das Genossenschaftsgebäude, weil dort die Zündung verlegt hatte. Er gab den direkten Auftrag, beide Befehle in der folgenden Nacht unbedingt auszuführen. Ich äußerte meine Bedenken in bezug auf das Munitionsdepot und wies den Genossen Hugo ziemlich energisch zurück, weil er scheinbar nur einen Sündenbock suchte für die überreite Aktion der Zentrale. Meine Einwände wurden

Sachwerte statt Zahlungen.

Die Engländer wollen Beteiligung am Produktionsbeitrag.

London, 21. November. (W.B.) Aus der Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes britischer Industrieller sind noch einige Ausführungen hervorzuheben. Die Schädigung der Industrien anderer Länder durch die starke deutsche Ausfuhr sei von besonderer Wichtigkeit für die Fabrikanten und Arbeiter Englands, die zum größten Teil ähnliche Waren erzeugten wie die Deutschen und sie nach denselben Märkten ausführen. Deshalb sei es von größter Wichtigkeit, daß der Charakter und der Umfang der deutschen Fertigfabrikate zur Bezahlung der Reparationen den Bedürfnissen der alliierten Industrien angepaßt werde und ihre Entwicklung fördere. Es sei wesentlich, daß die Zahlungen über einen weit längeren Zeitraum verteilt würden, als in dem augenblicklichen Abkommen vorgesehen sei. Das Memorandum der britischen Industriellen schlägt eine

Revision der Reparationsabkommen

auf folgender Grundlage vor:

1. Stellung von Forderungen an die deutsche Industrie und Unternehmungen an Stelle der augenblicklichen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber den Entente-Regierungen.

2. Schärfere Umgrenzung der Klassen von Waren und Arbeitsleistungen, die Deutschland zu liefern hat. Dadurch soll soweit wie möglich eine Schädigung der alliierten Industrien vermieden werden.

Zum ersten Punkt wird vorgeschlagen: Alle deutschen industriellen Unternehmungen könnten beispielsweise angewiesen werden, eine besondere Klasse von Vorzugsarbeiten zu schaffen. Von den Inhabern von Grundbesitz könnte verlangt werden, daß sie erste Forderungen bis zu einem festgesetzten Verhältnis des Wertes ihres Besitzes übernehmen. Dringliche Hypotheken oder Vorzugsaktien sollten geschaffen werden für Unternehmungen, wie deutsche Eisenbahnen, Kanäle, Schiffbauindustrien usw. und möglicherweise sogar für die deutschen Banken und Großhandelsunternehmungen. Diese Sicherheiten sollten dann von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen ausgehändigt werden, die sie, wenn sie es wünschen, Privatpersonen verkaufen könnten.

Die vorgeschlagene Maßnahme würde den Alliierten eine gewisse

Kontrolle über die deutschen Industrien

geben, die groß genug wäre, um sie in den Stand zu setzen, einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung und Leistungen des deutschen Handels auszuüben. Schließlich würde, wie in dem Memorandum hervorgehoben wird, eine weit bessere Sicherheit für die Bezahlung der deutschen Schuld geschaffen werden, wenn eine Vereinbarung zwischen den Regierungen, die letzten Endes von der Fähigkeit der Alliierten abhängt, ihre Forderungen durch militärische Mittel zu erzwingen, durch eine große Zahl von geringeren Verbindlichkeiten zwischen Privatpersonen, Deutschen, Alliierten und Neutralen, erzielt werde.

Das Memorandum fährt fort, es sei klar, daß, selbst wenn durch die Annahme dieses Verfahrens die jährlichen Zahlungen wesentlich vermindert werden könnten, Deutschland immer noch beträchtliche Jahreszahlungen zu entrichten habe und Waren ausführen müsse, deshalb sei es sehr wichtig, daß die deutsche Produktionskraft soweit wie möglich in einer Richtung gefördert werde, die sie unentbehrlich für die britische Industrie unschädlich oder ihr dienlich mache.

Deutschland könne den Alliierten liefern: Stoffe, die nützlich seien zur Entwicklung der Industrie oder Landwirtschaft in den alliierten Ländern, wie z. B. Kautschuk, Holz und Kohle. Außerdem könne der tatsächliche Wiederaufbau des zerstörten Gebietes Deutschlands überlassen werden.

Das Memorandum schlägt als weitere Art der Bezahlung die

Bauwerken

in den alliierten Ländern unter alliierter Leitung vor. Diese Bauten müßten selbstverständlich unter der Gewähr ausgeführt werden, daß Deutschland sie nicht dazu benutze, um die Länder, in denen sie unternommen werden, friedlich zu durchdringen. Zu diesem Zweck müßten sie unter ausschließlicher Leitung und Aufsicht von Ingenieuren und anderen technischen Sachverständigen der Alliierten ausgeführt werden.

Als Beispiel für eine deutsche Konstruktionsarbeit führt das Memorandum an erster Stelle an: die Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verbindungswege in Europa und möglicherweise in Zukunft auch in Rußland. Wenn nicht Deutschland diese Arbeit verrichte, so bestie keinerlei Aussicht, daß irgend

jemand in den anderen Ländern diese Aufgabe in unmittelbarer Zukunft erfüllen könnte. Dies seien vor dem Kriege die wichtigsten Märkte Deutschlands gewesen, und deshalb würde der größte Teil des Handels, den Deutschland vielleicht beginnen würde, in Wirklichkeit nicht auf Kosten Englands gehen. Dies Verfahren würde außerdem dazu dienen, den deutschen Handel von den Plänen abzulenken, die in der Hauptsache die Märkte Englands seien. Deutschland könne außerdem in den nicht entwickelten Teilen der Welt Bauten vornehmen, die sonst nicht rentabel unternommen werden könnten, wie z. B. Eisenbahnen, Häfen usw. in Afrika, Südamerika oder Asien. Die deutsche Energie und Industrie müßten zur Entwicklung neuer Märkte und neuer Quellen für Rohstoffe und Lebensmittel auf die nicht entwickelten Teile der Welt abgelenkt werden.

Die Durchführung dieser Vorschläge würde bedingen Abänderung des Friedensvertrages unter Mitwirkung Deutschlands. Wenn ein solches Übereinkommen eine dauernde Ermäßigung der alliierten Forderungen an Deutschland einschleife, so wäre die notwendige Vergütung gerechtfertigt, wenn sie zu einer rascheren Rückkehr der Welt zu annehmbaren Verhältnissen beitrage. Um jedoch diese Ergebnisse zu erzielen, sei es wesentlich, daß jeder derartige Ausgleich geschehe unter der nachdrücklichen Bedingung, daß die deutschen Finanzen in Ordnung gehalten würden, und daß Deutschland Verpflichtungen auferlegt würde, die die fortgesetzte Inflation und die daraus folgende Entwertung der Mark unumgänglich machten. Dem Einwand, daß durch ihre Annahme denjenigen Alliierten Englands nicht genügend Rechnung getragen werde, die dringend baldiger Zahlung bedürften, tritt die Denkschrift entgegen.

Zweck und Ziel der englischen Vorschläge ist also, die Reparationen durch eine Befastung der Sachwerte abzulösen. Dieser Plan, der schon unter der Regierung Fehrenbach-Simons lebhaft erörtert wurde — man dachte damals daran, Genußscheine oder Aktien aus industrielle Unternehmungen in Zahlung zu geben — ist gangbar und kann nicht gut abgelehnt werden, wenn man einmal die Notwendigkeit anerkennt hat, daß deutsche Vermögenssubstanzen zur Zahlung mobil gemacht werden muß. Die deutsche Industrie, selbst ihr rechter Feind, hat mit dem Vorschlag einer Kredithilfe sich diese Ansicht zu eigen gemacht.

Bedenklich ist nur die von den britischen Industriellen ausgesprochene Absicht, mit diesem Verfahren einen maßgebenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu gewinnen. Die Engländer haben hier das Verdienst, zu Ende gedacht und in wirtschaftliche Formeln gebracht zu haben, was das Versäulter Diktat zu demänteln versucht hat. Deutschland wird zum Kuli der Welt degradiert. Man überläßt ihm freudlich die Erschließung Rußlands, den Bau von Hottentotten- und Kalanbahnen, will im übrigen seine Tätigkeit auf den Märkten der zivilisierten Welt einschränken und ihm hier hauptsächlich außer dem Wiederaufbau Nordbrantlands nur noch Rohstofflieferungen zumeisen. Daß der ganze Charakter der deutschen Industrie so weitgehende Beschränkungen des deutschen Marktes nicht zuläßt, liegt auf der Hand. Mindestens ist daran zu zweifeln, daß die hochwertigen Erzeugnisse deutscher Technik in Rußland, Zentralasien, Südamerika und Südafrika denjenigen Absatz finden werden, der der Größe der Industrie entspricht.

Immerhin legt der britische Plan in die Forderungen des Versäulter Diktats eine Brücke. Die deutschen Industriellen sollten zum mindesten versuchen, seinem gesunden Grundgedanken nachzugehen. Es ist das erstmal, daß eine Kundgebung eines großen Unternehmervereins eines Entente-Landes sich entschieden für die Revision des Ultimatus einsetzt, nachdem früher die Darlegungen der Arbeiterorganisationen der Welt so gut wie ungehört verhallt sind. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Verständigung heute wesentlich nähergerückt ist. Wohl arbeitet die Zeit mit dem Fortschreiten der Weltkrise für uns. Aber auch wir haben keine Zeit zu verlieren, sollen die Zahlungen uns nicht über den Kopf wachsen.

Im Beamtenauschuß des Reichstages erstattete am Donnerstag Berichterstatter Uq. Steinkopf (Soz.) sein Referat über den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen: Auch der Beamte ist Arbeitnehmer. Diese Erkenntnis führte nach der Revolution zur Forderung einer gesetzlichen Regelung der Vertretung ihrer Interessen. Nach dem Zusammenbruch entstanden für die Beamten jene Vertretungen, welche die Arbeiter längst hatten. Der Entwurf bringt nun die gesetzliche Grundlage für sie in Auswirkung des Artikels 165 der Reichsverfassung. In seinen weiteren Ausführungen übt Gen. Steinkopf scharfe Kritik an dem Entwurf.

zurückgewiesen, und der Befehl blieb bestehen. In der Nacht noch wurde der Auftrag gegeben, von welcher Seite weiß ich nicht, da der erneute Anschlag wieder nicht geklappt hatte, das Gebäude der Produktionsgenossenschaft unter allen Umständen zu sprengen, ganz gleich ob am Tage oder in der Nacht. Die Bezirksleitung hat sich jedoch im letzten Augenblick ganz energisch gegen diesen Wahnsinn verwahrt, und ich erhielt persönlich den Auftrag, durch Vermittlung des Genossen Schneiderwind, den mit der Durchführung beauftragten Genossen abzufangen und dieselbe zu verhindern. Dies gelang mir auch. Bei der Durchführung am Tage wären ungefähr

zwanzig unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlages

geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo in der Nacht vorher mit einer Handbewegung abgetan wurden. (Der Bericht Somichs geht noch weiter, wir behalten uns auch hier weitere Veröffentlichungen vor. Red.)

So also sehen die Leiter der KPD, die jetzt vor der Öffentlichkeit ungezählte Krotodilstränen über die armen Opfer vergießen. Diese Leute, die mit der größten Kaltblütigkeit über die Leichen ihrer eigenen Genossen gehen, haben mit niederträchtiger Hinterlist die Arbeiter in den Kampf geheißt. Jetzt spielen sie die Unschuldslämmer, sie, die ihre eigenen Anhänger in die Luft jagen lassen wollten, um Provokationen zu schaffen.

Ein Wort über die Dokumente. Die Kommunisten werden natürlich versuchen, ihre Echtheit zu bezweifeln. Das können sie aber nicht. Die Echtheit dieser Berichte, die wir auch noch durch weitere ergänzen können und bei Gelegenheit ergänzen werden, steht unwiderleglich fest. Diese Berichte sollten nämlich von den Anhängern der Richtung Lewi dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale in Moskau unterbreitet werden, um als Unterlage für ihre Anklagen gegen die kommunistische Zentrale Deutschlands zu dienen. Sie waren Frau Klara Zetkin anvertraut worden, bei der sie gefunden wurden, als sie die Grenze überschritt. Die Person Klara Zetkins, in deren Besitz die Papiere waren, bürgt dafür, daß es sich nicht um irgendwelche Spitzelarbeit handeln kann. Sondern hier sind durch einen günstigen Zufall die Interna der kommunistischen Partei an den Tag gekommen, und die ganze Arbeiterklasse hat ein Recht, diese kennen zu lernen, ebenso wie wir die Pflicht haben, sie der Arbeiterschaft zugänglich zu machen. Damit die Arbeiter gewarnt werden vor den Leuten, die kaltblütig die Arbeiterklasse ins Verderben hehen.

Die Reparationen im Reichskabinett.

Neue Maßnahmen gegen den Wucher.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstagabend mit der Erledigung der Reparationsverpflichtungen am 1. Dezember. Es wurden die Schwierigkeiten der Zahlungsverpflichtungen besprochen; im übrigen wurde dieser Teil der Beratungen als streng vertraulich behandelt. Weiter wurde die Zuschussleistung von 100 Millionen Mark an die Quäterstiftung besprochen. Die Quäter haben für bedürftige deutsche Kinder und Frauen neuerdings 3 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch die Reichsregierung den genannten Zuschuß bewilligt und dafür Sorge trägt, daß die Speisen nur an Bedürftige ausgegeben werden. Die Regierung stimmte einer Bewilligung von 100 Millionen Mark zu.

Eine Kostensaktion zur Milchversorgung der Städte und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelsuchers wurden gleichfalls beraten. Die Regierung kam überein, diese Fragen am Sonnabend nochmals mit der preussischen Regierung zu besprechen. Immerhin steht aber schon heute fest, daß die Rotation zur Milchversorgung durchgeführt, und daß in den nächsten Tagen neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers bekanntgegeben werden.

Ein republikanischer Erzieher.

Von Erich Witte.

Rousseau empfiehlt in seinem weltberühmten pädagogischen Roman „Emil“ den Lehrern, mit ihren Schülern Heilanstalten, in denen Sphalixstränke behandelt werden, und Bordenste zu beschäftigen. Er meint, dieser Besuch würde eine abschreckende Wirkung auf die Knaben ausüben. Aus demselben Grunde könnte man die Schuljugend in Trinkerheilstätten führen. Was soll man aber tun, um die Kinder mit Abscheu gegen die monarchische Staatsform zu erfüllen? Man lese mit ihnen ein Buch über den schlechtesten Monarchen der Welt. Solange es dies aber nicht gibt, empfehle ich als Jugendbuch den dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ des einflussreichsten monarchischen Staatsmannes, den Deutschland im 19. Jahrhundert gehabt hat, nämlich Bismarcks.

Darin ist ein Brief Kaiser Friedrichs abgedruckt, worin dieser im Jahre 1886 über seinen Sohn Wilhelm schreibt: „Anfangs der mangelnden Reife und der Unerfahrenheit meines Ältesten Sohnes, verbunden mit einem Hang zur Ueberhebung wie zur Ueberschätzung, muß ich es geradezu für gefährlich bezeichnen, ihn jetzt schon mit auswärtigen Fragen in Berührung zu bringen.“ Zwei Jahre später war derselbe unerfahrene Mensch als deutscher Kaiser der Leiter der auswärtigen Politik und hatte die Macht, einen Krieg herbeizuführen oder durch solche Politik zu verschulden, in dem Millionen von Menschen das Leben verlieren konnten. Dabei wurde derselbe junge Herr, den Bismarck vergebens dem „beschränkten Kreise des Potsdamer Regimentsdienstes zu entziehen“ sich bemüht hatte, ein bis zwei Jahre vor seiner Thronbesteigung von seinem Großvater noch für zu jung für eine militärische Beförderung gehalten, die Wilhelm I. selbst in demselben Alter bereits innehatte.

Nach dem Urteil Bismarcks hätte der letzte deutsche Kaiser von den Eigenschaften seiner Vorgänger „eine gewisse Mannigfaltigkeit zur Miltigst erhalten“: Von Friedrich I. die Brachteliebe; von Friedrich Wilhelm I. „die Vorliebe für König Karls“; von diesem und von Friedrich II. „die Neigung zu selbstherrlicher Leitung der Regierungsgeschäfte“; von dem letzteren überdies die Vorliebe zu Romdbemerkungen drastischer Art in die von ihm geleseenen Aktenstücke (Deutschland hat ja kürzlich zu seinem Schrecken davon Kenntnis erhalten; in die über den österreichisch-serbischen Konflikt 1914 schrieb dieser „Friedenskaiser“ bekanntlich: „Immer feste dem Gefinde auf die Füße trampeln.“ Der Verfasser); von Friedrich Wilhelm II. „die starke sexuelle Entwicklung“ (!!) und „eine gewisse Empfänglichkeit für mystische Einfälle“; von Friedrich Wilhelm IV. die Gabe der Berechntheit und „das Bedürfnis, sich ihrer öfter als gekrönt zu bedienen“, wenn auch sein Großvater „vorsichtiger in der Wahl der Worte“ gewesen war; ferner hatte Wilhelm II. mit diesem letzteren König nach Bismarck darin „eine Ähnlichkeit, daß die Grundlage ihrer Politik in der Verstellung wurzelt, daß der König, und er allein, den Willen

Gottes näher kenne als andere, nach demselben regiere und deshalb vertrauensvollen Gehorsam verlange, ohne sein Ziel mit den Untertanen zu diskutieren oder denselben kundzutun“.

Wie richtig Bismarck den letzten deutschen Kaiser schon vor fast 30 Jahren beurteilt hat, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Erwähnt sei nur, daß nach Bismarck Wilhelm II. zu Capriolo, als dieser Bedenken gegen die Uebernahme des Reichkanzleramtes äußerte, sagte: „Seien Sie ohne Sorge; Sie tochen alles mit Wasser, und ich werde die Verantwortlichkeit für die Geschichte übernehmen.“ Anstatt sich von seinen Ministern beraten zu lassen, wählte er zu seinen Ratgebern Männer wie den Bergwerksplutokrat Graf Douglas, der nach Bismarck das Ansehen, das ein großes Vermögen verleiht, durch den Glanz einer einflussreichen Stellung bei dem Souverän zu erhöhen bestrebt ist, und den Maler und Bergwerksbeamten v. Henden, der „in den bergmännischen Fachkreisen für einen Kaiser und in den künstlerischen für einen Bergmann gehalten“ wurde.

Es gibt in der Tat keinen besseren Beweis für die alleinige Berechtigung der republikanischen Staatsform als die Kritik Bismarcks an dem letzten deutschen Kaiser. Trotzdem wollen Millionen von Deutschen die Wiedereinführung der Monarchie, in der der größte Verbrecher und der größte Dummkopf zu regieren hat, ohne das Vertrauen eines einzigen Menschen zu besitzen, wenn er nur der Älteste Sohn des letzten Herrschers ist.

Die Toten des Tages. In Berlin starb Feig Philipp. 70 Jahre ist er alt geworden. Zu Zeiten wurden seine heute vergessenen Dramen auf den Bühnen viel gespielt, da er eine gewisse äußere Routine besaß und ein Stück zu machen verstand. Kam dann noch eine Sensation, eine Aktualität dazu, so war Philipp der Held des Tages, so als er den Konflikt zwischen Bismarck und SM. auf die Bretter brachte („Das Erbe“), oder als Matowitsky die Hauptrolle in seiner Tragödie „Das große Licht“ spielte. Später wandte sich Philipp, der im Grunde ein Journalist war und blieb, der Romanschriftstellerei zu und versorgte Jahre hindurch die Scherl-Blätter mit Lesestoff. Sein Bestes sind seine Plaudereien aus Alt-Berlin.

Die biologische Wissenschaft hat einen herben Verlust zu beklagen: Max Per w o r n ist im 59. Jahre in Bonn, wo er Professor für Physiologie war, gestorben. Als Lehrer seines Faches — seine „Allgemeine Physiologie“ galt als bestes Lehrbuch — und Spezialforscher, als Herausgeber der führenden physiologischen Zeitschriften war er tonangebend. Darüber hinaus befruchtete er die allgemeine Lehre vom Leben und ihren Gesetzen und erhehete mit seiner biologischen Methode auch andere Wissenschaften. Seine Bücher: „Naturwissenschaft und Weltanschauung“, „Die Mechanik des Geisteslebens“ (in Teubners billiger Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“), „Die Entwicklung des menschlichen Geistes“ gehören zu den besten Werken naturwissenschaftlicher, populärer Darstellung. Wiederholt hat sich Per w o r n auch mit den Anfängen der Kunst beschäftigt und auch hier statt des üblichen ästhetischen Geschwämes Tatsachen und Zusammenhänge erschlossen.

Das Lied vom Dollar.

Kennt ihr noch nicht das neue Lied,
das bald die ganze Welt durchzieht?
Der Dollar steht dreihundert!
Berlin zieht an. New York rückt nach.
Graf Reventlow schreibt über Schmach.
Der Dollar steht dreihundert.

Sing Stinnes fragt bescheiden an:
Was kost' die Welt? Die Eisenbahn?
Der Dollar steht dreihundert.
Der Reichs lauft auf lange Zeit.
Die Schupo steht alarmbereit.
Der Dollar steht dreihundert.

Das Brot zu teuer. Die Witz zu knapp.
Die Börse voll. Der Beutel schlapp.
Der Dollar steht dreihundert.
Rußland ist dem Verborgern nah.
Mit Pelzen hetzt Amerika.
Der Dollar steht dreihundert.

Der Arme hat am Leid kein Hemd,
trotz die Ausrüstung schlammig.
Der Dollar steht dreihundert.
Und einer, der nach Schweden froh,
hat wieder Mut, spricht immer noch. —
Der Dollar steht dreihundert.

O Mann der Arbeit, aufgewacht,
erkenne endlich deine Macht!
Der Dollar steht dreihundert!
Fah deinen Hammer um den Schaft
und schlag die Münze deiner Kraft,
daß sich der Erdball wundert!

Strampelnd

„Figaros Hochzeit“ in der Staatsoper. Die gestrige „Figaro“-Aufführung bot deswegen eine Ueberraschung, weil neben der Gattin Elisabeth Reiberg vom Landestheater in Dresden auch die Susanne und der Cherubin vollwertig waren, was bei der Mozarterne unserer Oper besonders dankbar gebührt werden muß. Frau Kröner und Frau Catopoi weiterteilten im Verein mit einem guten Grafen (Riegler) und einem höchst durchsinnlich agierenden Figaro (Schühendorf) um den strengen, den sanften und gleichenden Mozartstil sowohl im Rezitativ wie im Arioso. Frau Reiberg ist nicht nur intelligent, wie schon ihre „Madame Schmetterling“ bewies, sondern auch eine überlegene, vornehme, klüßere und charaktervolle Gräfin. Für den Scherz und für den Gehobenen findet sie den rechten Ton. Von der Kopffürstine macht sie ausgiebigen Gebrauch, der süße Schmelz ihres quispigenden und immer frisch klingenden Soprans aber bleibt haften. Ein schöner Spielabend, an dem die Frauen den Hauptanteil hatten und den Eledry anmutig leitete.

Auflösung militärischer Geheimbünde.

Amlich wird gemeldet:
Die Reichsregierung hat auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 die Auflösung der Organisationen Rothbach, Hubertus, Alod, Hendebrad und Oberland ausgesprochen.

Die Auflösung war von der internationalen Militär-Kontrollkommission auf Grund des Ultimatums vom 5. Mai d. J. wiederholt und insbesondere durch Noten vom 9. und 28. September und vom 12. November 1921 nachdrücklich verlangt worden.

Die Reichsregierung mußte der Forderung entsprechen, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß diese Verbände nach ihrer Tätigkeit unter das Gesetz vom 22. März in Verbindung mit dem Ultimatum fallen. Die Erhebungen, insbesondere die Berichte der letzten Wochen, haben diesen Nachweis erbracht. Es steht nunmehr insbesondere fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teil gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgten, militärisch gegliedert sind, und daß ihre Befehlsstruktur nach Art militärischer Vorschriften geregelt ist. Die Verbände erstrecken sich sowohl allein wie in Verbindung miteinander über große Teile des Reichs. Die Reichsregierung war auf Grund des von ihr angenommenen Ultimatums verpflichtet, die Auflösung der Verbände auszusprechen. Die Auflösung trifft auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen etwa gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzung darstellen.

Soweit einwandfreie wirtschaftliche Tendenzen der Arbeitsgemeinschaften durch die Auflösung betroffen werden, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen eingeleitet, die aber an der vollständigen Auflösung der oben genannten Verbände nichts ändern.

Auf der Mörderfuche.

Wie die Z. N. aus Breslau meldet, wurden am Dienstag in Breslau die Studenten Ulrich Koppe, Friedrich Koppe, Bernhard und Fische am frühen Morgen in ihren Wohnungen verhaftet. Diese Verhaftungen sollen mit der Fahndung nach den Mördern Erzberger und den vor einiger Zeit in München erfolgten Verhaftungen in Zusammenhang stehen.

Das kommende Grundsteuergesetz.

Der preussische Grundsteuergesetzentwurf wird in diesen Tagen dem Landtage zugehen. Da die Lage der Staatsfinanzen ein langes Zögern nicht geraten erscheinen läßt, hat sich das Staatsministerium entschlossen, den früheren Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung der Frage einzubringen. Ob dadurch Schwierigkeiten mit dem Reich entstehen, das ebenfalls auf eine steuerliche Erfassung besonders des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht gänzlich verzichten zu können, ist heute noch nicht zu sagen. Ueber den Inhalt des preussischen Gesetzentwurfes erfahren wir, daß für die Steuer der staatliche Ergänzungsteuerwert von 1917 bis 1919 zugrunde gelegt werden soll. Den neuen Verhältnissen soll dadurch Rechnung getragen werden, daß der ein- bis bis dreifache Betrag des Friedensvertrages zugrunde gelegt wird. Von dem so ermittelten Ertragswert sollen vier vom Tausend als Steuer erhoben werden. Es ist vorauszusehen, daß eine Umwälzung der Steuer in mehr oder minder großem Umfang auf landwirtschaftliche Produkte und auf die Mieten eintritt. Um diese Verteuerung in möglichst geringen Grenzen zu halten, sind besondere Maßnahmen geplant.

Regierungskrise in Belgrad.

Nach einer stürmischen Fraktionsitzung der radikalen Partei wurde Vatschitsch von seinen Parteigenossen aufgefordert, seine Demission dem König zu überreichen, was er auch tat. Die Demission wurde vom König angenommen.

Verbot der „Täglichen Rundschau“. Der preussische Minister des Innern hat das Erscheinen der „Täglichen Rundschau“ für drei Tage verboten, weil in ihr „die Person des Reichskanzlers in einer den inneren Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich“ gemacht wurde.

Geisparzers „Medea“ im Steglitzer Schloßparktheater. Eine unerschöpfliche Begebenheit, ein Durchschmittscharakter kann die große Vorlage eines Dramas sein. Auf die Gestaltung kommt es an. Wesentlich ist allein der lebendige Eindruck, der auf uns ausgeübt wird. Dabei ist nicht etwa nötig, daß die Vorgänge uns nahelegen, daß sie unserer Zeit und unserem Milieu entstammen. „Medea“ spielt in grauer Vorzeit, und in den ersten drei Akten werden wir gepackt, stehen wir im Bann des Dichters, weil er Menschen schafft und Charaktere aufbaut. Wir möchten in die Handlung eingreifen, wir jähren: „Jahon, tu es nicht!“ Aber im vierten Akt werden die Vorgänge so gigantisch, zeigen sich die Menschen so außerhalb unseres Vorstellungsvermögens, daß wir uns erinnern, im Theater zu sitzen. „Was sind wir Würdiger, daß wir hier unser Herzschlag gesteht hat. Es ist ja nur Spiel, was wir da sehen.“ — Die Aufführung war mit Liebe und Fleiß vorbereitet. Die Medea der Königin ist eine große Leistung. Wenn sie nicht ganz frei von Pathos ist und am Schluß aus dem Rahmen des Menschlichen herausfällt, so ist es nicht ihre, sondern der Dichtung Schuld. Kurt Eggers, Regisseur, verkörpert den Jason. Er vor allen läßt vergessen, daß wir Theater sehen: Spiel, Sprache und Gestalt stellen einen Menschen hin, soweit es das Drama zuläßt. — Mit seinen expressivsten Bühnenbildern erweist sich Gerull als Künstler. Wer Regie und Schauspielkunst bewundern will, sehe sich „Medea“ an! G. D.—r.

Was sie nicht kaufen. Wir sind bekanntlich in Berlin ausverkauft. „Kaufst du“ haben sie uns getroffen, die Ausländer. Vom Strumpf bis zum Mantel, vom Hosenknopf bis zum Gehpelz, alles haben sie gegen Franken und nordische oder andere, nur nicht deutsch-österreichische Kronen getauscht. Es wird zwar ein ganz klein bißchen mehr Gehalt davon hergemacht, als es in Wirklichkeit ist; aber schlimm genug ist's doch, und die Geschichte vom ausverkauften Berlin ist leider kein Märchen. Jedenfalls kann einem der Humor dabei gründlich vergehen. Und doch gibt's einen Mann in Berlin, der dem Ausverkauf durch die Ausländer eine sehr bessere Seite abzugewinnen vermochte. Der Mann ist seines Zeichens Sarghändler. Mitteln unter seine schönen Särge, eine Ware, für die man doch keine freiwilligen Käufer findet, hat er ein Plakat gestellt, auf dem steht zu lesen: „Achtung! Särge in bester Ausführung zu soliden Preisen. Kein Ausverkauf durch Ausländer!“ Dem Manne möchte geholfen werden. Wenn sich die Ausländer ganz rasch bei ihm eindenken wollten?

Wissenschaftliche Museumführungen finden Sonntag, 27. Nov., 9/10 Uhr, durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Hämische Räume), im Reichen Palast (Vordruckabteilung) und im Museum für Völkerkunde (Nord- und Zentralamerika) statt. Eintritt 1 M.

Die Große Volkoper eröffnet am Mittwoch, den 30., das Große Haus des Schloßparktheaters Steglitz mit einer Aufführung von Rossini's komischer Oper „Der Barbier von Sevilla“. — Spielleitung: Bra. Rudolph (Staatsoper), musikalische Leitung: Gustav Brucher. Anf. 7 1/2 Uhr.

Flumenbinden und -fäden als kunstgewerbliches Bedürfnis. An der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden ist jetzt eine Schule für Flumenbinden und -fäden gegründet worden. Als Leiter wurde Friedrich Müller, der frühere Direktor der Hochschule für Flumenindustrie in Chemnitz, berufen.

Curzons Warnung an Frankreich.

London, 24. November. (Reuter.) In einer Rede, die Lord Curzon heute bei einem Frühstück in der City hielt, gab er eine bedeutungsvolle Erklärung über die äußere Politik Englands ab und kennzeichnete die Washingtoner Konferenz als einen

großen und bemerkenswerten Schritt

auf dem Wege zum stillen Fortschritt der Menschheit. Die Abrüstung werde in das Gebiet praktischer Politik gerückt, wenn die Größe der Flotten gewisser Großmächte endgültig begrenzt werde und in noch höherem Grade, wenn eine dieser Großmächte aufrichte und ankündige, daß sie die Abrüstung in ihrem eigenen Interesse mit der Einstellung bereits begonnener Schiffsbauten beglänze werde. (Das soll nämlich England bereits unmittelbar nach der Gedächtnisrede Hughes in Washington getan haben. Westgates wurde dies in mehreren offiziellen Reuter-Telegrammen behauptet. Red.) Ein großer Teil der Spatenarbeit (spade-work) sei aber noch zu erledigen und, so fuhr Lord Curzon wörtlich fort: „Ich möchte gerne das Wort Vorsicht aussprechen und gewisse Bedingungen anregen, die noch zu erfüllen bleiben. Es ist nicht ratsam, die Rüstungen zur See zu beschränken, wenn wir mitansehen müssen, wie die

Anhäufung ausgebreiteter Rüstungen zu Lande

sich höher und höher häuft.“

Lord Curzon fuhr fort: „Ein Beispiel darf nicht von einer Nation oder sogar von zwei oder drei Nationen gegeben werden, es muß von allen Nationen

im Verhältnis ihrer Lage und Fähigkeit befolgt werden. Für England ist es nicht angebracht, Opfer anzunehmen oder sich ihnen zu unterwerfen,

wenn die anderen sie ihnen entziehen.

Die dritte Bedingung ist, daß, wenn wir als größte Seemacht der Welt, deren Existenz als Nation täglich von der Beherrschung der See abhängt, willens sind, unsere Flottenstärke zu beschränken, es anderen Mächten nicht gestattet sein darf, neue Maschinen oder Werkzeuge für Luft- oder Unterseeangriffe zu bauen, die unsere Opfer nichtig machen können und die weit unserer davon, uns in der stolzen Lage derer zu belassen, die das Beispiel gegeben haben, uns in der gefährlichen Lage lassen können, daß wir uns einer unverhältnismäßigen Gefahr ausgesetzt haben.

Nach einem WTB-Bericht sagte Curzon: Der Friede werde niemals erzielt werden, wenn eine Macht veruche, einer anderen Macht zuzuzuführen und auf eigene Rechnung ein Ueberkommen abzuschließen. Wenn

Frankreich eine isolierte und besondere Politik

verfolge, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland Schaden zufügen, sondern sich selbst. Frankreichs Schicksal bestehe darin, daß die Welt die Wiederkehr einer großen und gefährlichen Macht im Herzen Europas, die

fortwährend mit dem Schwerte in der Scheide rasst

(wer rasst seit Jahren? Red.), zur Bedrohung des Friedens der Welt nicht dulden werde. Wir werden, sagte Curzon, Deutschland in ein friedliches Mitglied des internationalen europäischen Hofes nur umbilden, wenn die Großmächte sich vereinigen, nicht nur um den Friedensvertrag zu erzwingen, sondern um es klar zu machen, daß keine Politik der Wiedervergeltung oder Rache gebildet werden wird, und daß sie Deutschland bestehen werden, seine Rolle zu spielen, vorausgesetzt, daß es Aufrichtigkeit an den Tag legt.

Briands Abschiedsrede.

Washington, 24. November. (Havas.) Am Schluß der gestrigen letzten der von den fünf Großmächten abgehaltenen Sitzungen erklärte Briand, er sei sicher, daß der Austausch freundschaftlicher Beratungen, der vor der ganzen Welt stattgefunden habe, Europa auf dem Wege zu Frieden einen großen Schritt vorwärts gebracht (? Seine eigene Rede bedeutete jedenfalls einen großen Schritt rückwärts. Red.) habe. Die Konferenz habe in der Tat eine moralische Wirkung gehabt, ohne die es sehr schwer wäre, entscheidende Arbeit zu leisten. Nunmehr würden Regierung und Parlament in Frankreich an die Prüfung des militärischen Problems herantreten, wie es sich nach dem Kriege darstelle. Sie würden an dieses Problem herantreten mit dem Wunsche, zum

Höchstmaß der möglichen Verminderung

militärischer Lasten zu gelangen. Die Dienstzeit werde voraussichtlich auf die Hälfte abgekürzt werden. Dann der in Washington gesprochenen Worte werde die Entscheidung in einer Atmosphäre der Sicherheit getroffen werden. Briand legte hinzu, er reise ohne Sorge ab, da er seinen Bloch Bionani überlassen könne.

Paris, 24. November. (WTB.) Die der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Washington meldet, verabschiedete sich Staatssekretär Hughes mit einigen herzlichen Worten von Briand, wobei er gesagt haben soll, alle Delegierten seien überzeugt, daß Frankreich von dem aufrichtigen Wunsche befeuert sei, in vollem Ausmaß des Möglichen die Lasten zu vermindern, die infolge des Krieges auf den

Der ostpreussische Aufstand scheint Rostau doch Sorgen zu machen. Eine Protestnote an Finnland gegen seine angebliche Förderung des Unternehmens wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß Rostau sein Autonomieversprechen im Dorpatier Frieden gebrochen habe.

Wirtschaft

Tabak- und Kohlensteuer im Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsauschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes. Der Entwurf soll den Reichsfinanzminister ermächtigen, den Zollsatz für Tabakblätter für die Zeit eines wirtschaftlichen Bedürfnisses bis auf 60 M. herabzusetzen. Die Herabsetzung soll vom 1. Oktober 1921 gelten. Der Auschuß stimmte dem Gesetzentwurf nach längerer Erörterung zu.

Weiter stand der Entwurf eines Gesetzes über eine Änderung des Kohlensteuergesetzes zur Beratung. Der Regierungsentwurf sieht einen Steuerfuß von 40 Proz. vor, der jedoch nicht gleichmäßig in voller Höhe, sondern nach den Eigenheiten der einzelnen Bergbaugebiete in bestimmten Hundertsätzen, die in Uebereinstimmung mit dem Reichslohnenrat festgesetzt worden sind, erhoben werden sollen. Der zur Behandlung der Steuer eingesetzte Arbeitsauschuß schlug statt dessen einen Satz von 30 Proz. vor. Nach längerer Ausdeutung des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch und nach längerer Erörterung stimmte der Auschuß dem Regierungsentwurf mit 14 gegen 2 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, zu und nahm dazu folgende vom Arbeitsauschuß vorgeschlagene Entschliebung an:

Schultern seines Volkes ruhen, dabei aber auf seine nationale Sicherheit bedacht sein wolle. Frankreich könne versichert sein, daß es, weit davon entfernt, die moralische Postlerung fürchten zu müssen, Freunde und Parteigänger habe, die ihm nur wohlwollten.

Die bayerische Regierung erklärt halbamtlich zu der Behauptung Briands in Washington, der bayerische Ministerpräsident habe sich gerührt, über ein Heer von 300 000 Mann samt Ausrüstungen zu verfügen, niemals habe ein bayerischer Ministerpräsident eine solche oder ähnliche Äußerung getan.

Frankreich sabotiert jeden Vorschlag.

Paris, 24. November. (WTB.) Wie Havas aus Washington meldet, machte sich heute im Ausschuß der Konferenz eine gewisse Stimmung zur Wiederaufnahme der Einzelheiten der Entwaffnungsfrage zu Lande geltend mit dem Wunsche, zu einem bestimmten Plan zu kommen. Diese Stimmung tauchte plötzlich besonders bei der italienischen Abordnung auf, die in Betracht der Erfordernisse bei der inneren und äußeren Politik und der Sorgen, die ihr die jugoslawische Armee und 180 000 Mann verursacht, gewünscht hätte, daß man zuerst eine Art Entwurf der Rüstungsbeschränkungen ausarbeite, dem sich Frankreich später angeschlossen hätte, wenn es die Verhältnisse erlaubt hätten. Dieses Vorgehen würde den Nachteil gehabt haben, indirekt Frankreich als den einzigen europäischen Staat erscheinen zu lassen, der sich weigere, abzurufen. Briand habe daher den Gedanken bekämpft. Er erinnerte an die jüngsten Demonstrationen in Frankreich. Frankreich müsse mit der doppelten Ungewißheit, der Deutschlands und Russlands rechnen. Wenn die Alliierten und Assoziierten die Gefahr seiner Lage teilen und durch einen bündigen Vertrag ihm positive Sicherheiten geben wollten, so seien seine Vertreter zu jedem Opfer betriebs der Rüstung bereit, aber ohne diese Gegenleistung könnten sie nicht zustimmen.

Auf etliche Bemerkungen Sir Robert Bordens, des Vertreters Kanadas, antwortete Briand: Die Flottenabrüstung, wie sie vorgesehen ist, trifft die großen Schlachtschiffe mit 39 Proz. der Tonnage. Frankreich hat lediglich für die Verminderung der Dienstdauer auf zwei Jahre seine Mannschaftebestände um 33 Proz. vermindert. Nun sind die drei großen Seemächte Alliierte, während Frankreich an seiner Seite immer die deutsche Bedrohung hat. Der Vergleich zwischen den beiden Verhältniszahlen fällt deutlich zugunsten der Abrüstung zu Lande aus.

Balfour erklärte in dem Ausschuß die vollständige Unterdrückung Englands für die französische Angelegenheit. Es wurde zu dem Beschlusse, daß die Fragen der Mannschaftebestände und des Kriegsmaterials nicht von der Konferenz besprochen werden sollen. Die Rüstung zu Lande ist infolgedessen auf drei bestimmte Fragen beschränkt, die, wie bereits gemeldet, von einer Sonderkommission geprüft werden.

Alle dialektischen Kniffe Briands und seines offiziellen Sprachrohres, der Havas-Agentur, werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß Frankreich tatsächlich das einzige Land ist, das sich weigert, abzurufen. Schon nach der großen Rede Briands am Montag stand es fest, daß Frankreich die Washingtoner Abrüstungskonferenz ebenso sabotieren würde, wie das wilhelminische Deutschland im Jahre 1907 den Haager Friedenskongreß sabotiert hat. Dieses zweite Auftreten des französischen Ministerpräsidenten ist nur geeignet, diese Ueberzeugung, die auch alle wahren Friedensfreunde in Frankreich selbst teilen, zu verstärken. Der italienische Vorschlag war ein letzter Versuch, noch etwas für die Abrüstung zu Lande herauszuholen. Nun ist auch dieser Vorschlag an Briands Widerstand gescheitert!

Wenn man das deutsche Proletariat fragen würde, wie es sich zu den letzten von Briand ausgesprochenen Gedanken stellt, so glauben wir, daß die Antwort lauten würde: „In Gottes Namen, schließt doch endlich, Ihr Engländer, Amerikaner, Italiener, Spanier, Portugiesen, ein Schutz- und Trugbündnis mit Frankreich ab, ahntich den offenen und geheimen Bündnissen, die es bereits mit Belgien und Polen abgeschlossen hat! Nur möge dann aber der unerträgliche militärische Druck aufhören, den Frankreich auf uns lasten läßt, der uns und noch viel mehr die Franzosen selbst, Milliarden und aber Milliarden kostet, die so gut für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und für die Unterstützung der Kriegswaisen und -krüppel verwendet werden könnten!“

Aber wir sind überzeugt, daß auch wenn sämtliche früheren Bundesgenossen Frankreichs mit ihm einen solchen Defensivvertrag abschließen, Briand immer neue Vorwände finden würde, um weiter zu rüsten, seine Farbigenarmee auszubauen und in deutschen Städten links und rechts des Rheins ausbilden zu lassen. Das heutige Frankreich ist, allen Umarmungen und schönen Phrasen zum Trotz, militaristisch und imperialistisch, und wir können mit Benützung feststellen, daß diese Erkenntnis sich in immer weiteren Kreisen des Auslandes Bahn bricht.

Die Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, den Steuerfuß zu erniedrigen, soll nicht nur an die Zustimmung des Reichslohnensrates und des Reichsrates, sondern auch an die gutachtliche Anhörung des Reichswirtschaftsrates gebunden sein.

Der Stand der Markt hat sich an der gestrigen Börse wieder verschlechtert. Die amtlichen Notierungen für fremde Zahlungsmittel erhöhten sich nicht unbedeutend. So kostete der Dollar 254 gegen vorgestern 278 Mark, 100 holländische Gulden stiegen von 9840 auf 10 115, ein Pfund Sterling von 1111 auf 1134, 100 französische Franken von 1963 auf 1983 und 100 Schweizer Franken von 5282 auf 5404,55 Mark. — Am Affektenmarkt, wo anfangs eine geteilte Stimmung geherricht hatte, besiegten sich später die Kurse, wie meist, wenn die Markt zurückgeht.

Die Rolle des Zwischenhandels in der Teuerung. Eine amerikanische Untersuchungskommission, eingeleitet von der jüngst gegründeten panamerikanischen Genossenschaftszentrale, behauptet auf Grund ihrer Untersuchungen, daß von einem jeden vom Verbraucher verausgabten Dollar nur 37 Proz. auf die Produzenten der Waren entfallen, während die übrigen 63 Proz. von der Verteilung in Anspruch genommen werden. Diese 63 Proz. enthalten außer dem Handelsgewinn die Transport-, Kellame- und andere im Handel üblichen Geschäftskosten. Ein anderer Sachverständiger stellt dies Verhältnis sogar mit 30 Proz. zu 70 Proz. fest, und zwar sowohl für die Landwirtschaft als für die Industrie, obwohl die letztere infolge ihrer besseren Organisation einen größeren Teil des Ertrages für sich zu behalten vermag. — Es wäre gerade in der gegenwärtigen Periode der durch die Inflationsverschärfung bedingten milden Preisbewegung wichtig, wenn auch in Deutschland die Haltung des Zwischenhandels bei der Warenverteuerung einer genaueren Untersuchung unterzogen würde.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeindearbeiter und Magistratsbeschluss.

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins hatte zum Donnerstagabend eine Funktionärerversammlung einberufen, in der die Beschlüsse über den Ablehnen des Beschlusses des Magistrats, betreffend die einmalige Wirtschaftshilfe, berichtet. Nach der Ablehnung habe sich bekanntlich die Stadtverordnetenversammlung mit der Forderung beschäftigt. Von den Stadtverordneten Franz Krüger und Schumacher wurden in der betreffenden Sitzung Anträge gestellt, die sich gegen die Ablehnung richteten und auf Beschluss dem Ausschuss überwiesen wurden. Ueber die Anträge werde der Ausschuss heute entscheiden.

Heute werde auch das Lohnkartell seine Verhandlungen über den neuen (achten) Lohnkartell mit der Magistratskommission beginnen. Das Kartell sei sich über das Vorgehen völlig einig geworden und hoffe, dass es gelingen werde, die Verhandlungen schnell zu beendigen, da eine Begründung der aufgestellten Forderungen nicht mehr notwendig erscheine. Sollte die Ablehnung erfolgen, so würde unverzüglich das Schiedsgericht angerufen und anschließend sofort die erforderlichen weiteren Schritte unternommen werden, so dass die ganze Sache wohl in einer Woche erledigt werden könne. Die Kollegenschaft möge aber dafür Sorge tragen, dass bei der nächsten Urabstimmung eine bessere Beteiligung stattfindet.

In der folgenden kurzen Aussprache wurden wesentliche Einwendungen gegen die vorgebrachten Schritte des Lohnkartells nicht erhoben.

Gegen Überstunden in der Textilindustrie.

Infolge des Voluntauverkaufs haben fast alle Betriebe der Textilindustrie Hochkonjunktur. Die Unternehmer suchen sie auszunutzen, zumal sie die Preise für ihre Fabrikate nach Herzenslust hochschrauben können. Bereitet sich doch schon jetzt der Handel auf die neuen Preise vor durch höhere Preisangebotsungen seiner Reserven. Um die Arbeiter und insbesondere die hier ja hauptsächlich in Betracht kommenden Arbeiterinnen geneigter zu machen, den Achtstundentag preiszugeben und Überstunden über Überstunden zu machen, wird auf der einen Seite ein unerhörter Druck ausgeübt, auf der anderen Seite eine Überstundenzulage (von 50 Pf. wie in Brandenburg) geboten, um dadurch die Arbeiterinnen glauben zu machen, sie hätten es selber in der Hand, ihrer Not abzuhelfen, indem sie die Gelegenheit zum Überstundenmachen gehörig ausnützen müßten. Die winzige Zulage schloß die Unternehmer mindestens zwanzigfach auf die Preise, außer den Konjunkturzuschlägen.

Da ist es denn erfreulich, wenn die Belegschaften sich ihres gewerkschaftlichen Standpunktes bewußt sind. In einer Betriebsversammlung der Jutespinnerei in Brandenburg trat deren Direktor Linke für die Leistung von Überstunden ein, der Geschäftsführer Drescher vom Textilarbeiterverband dagegen, worauf eine Abstimmung vorgenommen wurde, die nur 27 Stimmen für Überstunden ergab, dagegen 426 gegen Überstunden. Systematische Überstundenleistung führt nicht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern dazu, daß der Achtstundentag zum Achtstundentag wird bei gleichem Arbeitsverdienst. Die Arbeiterkraft darf nicht ihr Erstgeburtrecht des Achtstundentages um das Fingerringstück vorübergehender Überstundenbezahlung verkaufen.

Arbeitsnachweis-Verkaufskartell.

Darüber wird uns von einem gelehrten Kaufmann gefragt, der seit etwa 14 Jahren als Kalkulator in technischer Tätigkeit war. Er meldete sich beim städtischen Arbeitsnachweis und wollte sich als Kaufmann und zugleich als Techniker eintragen lassen. Ihm wurde jedoch bedeutet, daß dies aus statistischen Gründen nicht annehmbar sei; er könne sich vielmehr nur als stellungsuchender Kaufmann oder als Techniker eintragen lassen.

Wie es der Arbeitsvermittlung ist unferes Erachtens, den Beschäftigungsweg Arbeitnehmern möglichst rasch geeignete Beschäftigung nachzuweisen und den Arbeitskräfte suchenden Unternehmern solche sobald als möglich zu vermitteln. Alle Ächtung vor der Statistik, die auf dem Arbeitsmarkt gewiß eine wichtige Rolle mit spielt. Trotzdem darf sie nicht Selbstzweck werden. Das Leben ist so vielfältig, daß es sich nicht immer nach Schema F registrieren läßt. In solchen Fällen muß der Statistiker sich zu helfen wissen. Auch in dem vorliegenden Falle war das möglich durch Anfertigung einer Neben- oder Hilfskarte. Selbst auf die Gefahr einer Doppelzählung oder einer Fortlassung bei der Zählung hin muß Gelegenheit gegeben werden, daß der Arbeitssuchende möglichst bald wieder in Stellung kommt. Darauf kommt es doch an!

Praktische Gewerkschaftsarbeit.

Die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter „verraten, verschleiern, verkaufen“, oder wie die Kommunisten sich sonst auszudrücken beliebt, zeigt ein Bericht des Zentralverbandes der Fleischer über seine Arbeit in den letzten zehn Monaten. Danach wurden in 13229 Betrieben Lohnbewegungen geführt, an denen 23 170 Personen beteiligt waren. Für 2330 Beschäftigte wurden pro Woche 34 553 Stunden Arbeitszeitverkürzung erreicht, das sind im Durchschnitt rund 15 Stunden pro Person und Woche. Für 21 580 Beschäftigte wurden pro Woche 1 277 113 Mark Lohnerböschung erreicht, das sind im Durchschnitt rund 60 Mark pro Person und Woche. Für das Jahr macht das für alle in Frage kommenden 21 580 Beschäftigten die Summe von 67 329 600 Mark im Jahresdurchschnitt aus. Für 10 712 Beschäftigte ist die Bezahlung oder höhere Bezahlung der Überstunden erreicht. Für 9754 muß die eventuell notwendige Sonntagsarbeit extra mit besonderem Zuschlag bezahlt werden, desgleichen für 4436 Beschäftigte eventuell notwendige Nacharbeit. Für 12 795 Beschäftigte wurden sonstige Vorteile, wie Ferien bei Fortbezahlung des vollen Lohnes, erreicht, bis zu 4 Wochen. Fortbezahlung des Lohnes bzw. der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen und Weiterzahlung des Lohnes in Fällen, auf die der § 116 des BGB. anwendbar ist. Der Logiszwang beim Arbeitgeber ist vielfach beseitigt, wodurch die Arbeitnehmer nicht mehr unbeschränkt an die Arbeitsstätte gebunden sind. Das bedeutet einen großen Fortschritt in der freizeithlichen Entwicklung der Arbeitnehmer. Bei fast allen Verhandlungen gelang es, Tarifverträge oder Nachträge zu bereits bestehenden Tarifverträgen abzuschließen, die Arbeitsvermittlung zu regeln durch Benutzung der kommunalen bzw. paritätischen Arbeitsnachweise.

So sieht der „Arbeitererrat der Gewerkschaftsbezirke“ aus. Wir gestehen, daß sich diese Leistungen sehr klein ausnehmen gegen-

über der Versorgung der Arbeiterschaft mit — Phrasen durch die kommunistischen Alerweltler.

Maschinisten und Heizer.

Eine Versammlung der Funktionäre und Beitragskassierer am 21. November im Gewerkschaftshaus nahm Stellung zur Beitrags-erhöhung. Nach kurzer Begründung der Vorlage des Verbandsvorstandes und einer regen Diskussion wurde beschlossen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Vorlage des Verbandsvorstandes ab 1. Januar für Groß-Berlin Gültigkeit erhalte, und daß für Groß-Berlin vom oberen Tage ab ein Wochenbeitrag von sieben Mark erhoben wird.

Die Verwaltung wurde beauftragt, bei dem Hauptvorstand und dem A.T.G.B. dahin zu wirken, daß die feinerzeit veröffentlichten

Bezirksverband Berlin SPD.

Öffentliche Volksversammlungen

heute, Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Vahenhofer-Kassant, Fildischstr. 23.
- Brauerei Königshaus, Schönhauser Allee 10 11.
- Krieger-Vereinshaus, Chausseestr. 94.
- Arminius-Hallen, Bremer Straße 73 74.
- Wilmersdorf: Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/116.
- Lichtenberg: Cäcilien-Cyrum, Rathausstraße.
- Niederschöneweide: Schulaula, Berliner Straße 31.
- Spandau: Metropolsäle, Schönwalder Straße 98.

Tagesordnung:

Teuerung — Steuern — Lohnbewegungen.

Referenten: Erwin Barth, Robert Breuer, Ernst Heilmann, Marie Juchacz M. d. R., Franz Krüger, Hermann Lüdemann, Cimberg-Offen, Heinrich Ströbel.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

- Neukölln: Schultheiß-Kassant (Wintergarten), Hasenheide. Ref.: Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt.
- Friedrichshagen: Konordia-Festsäle, Andreasstr. 64. Ref.: Abgeordneter Ernst Heilmann.
- Pankow: Lindners Konzertgarten, Breitestr. 30. Ref.: Abgeordneter Hermann Lüdemann.

Punkte so schnell wie möglich durchgeführt werden. Weiter wurde beschlossen, daß für die arbeitslosen und die invaliden Kollegen zwei Marken à 8 M. als Pflichtbeitrag bis Weihnachten zu leisten sind. Der Ertrag soll den genannten Kollegen volllauf ausgezahlt werden.

Lohnbewegung der Spiritreinigungsarbeiter.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie Groß-Berlin und dem Verband der Brauerei- und Mälzerei- und Mälzerei- und verwandter Berufsgenossen, Berlin, besteht für die in den Betrieben der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein Berlin ein Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1921.

Infolge der einseitigen Teuerung nahm die Organisation Veranlassung, an den Arbeitgeberverband heranzutreten, um die Erhöhung der Löhne resp. Bewilligung einer Teuerungszulage vor Ablauf des Vertrages zu erreichen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlung berichtete Schmidt im Auftrage der Verhandlungskommission in einer am Dienstag einberufenen Branchensammlung.

Es soll für die Zeit bis einschließlich 24. November 1921 den Arbeitnehmern eine einmalige Teuerungszulage von 600 M. gewährt werden unter der Voraussetzung, daß sie sich am 1. November 1921 in den Diensten der Verwertungsstelle befanden. Vom 25. November ab erhalten die männlichen Arbeitnehmer eine wöchentliche Teuerungszulage (Lohnzulage) von 120 M., die weiblichen von 100 M.

Arbeitnehmer, die erst nach dem 1. November in den Dienst der Verwertungsstelle traten, erhalten die wöchentliche Teuerungszulage (Lohnerböschung) von dem Tage ihres Arbeitsantritts ab gezahlt.

Demnach betragen die Löhne jetzt für gelehrte Arbeitnehmer die Woche 500 M., für ungelernete 490 M. und für Frauen 370 M.

Nach lebhafter und teilweise erregter Diskussion wurde gegen wenige Stimmen dem getroffenen Abkommen zugestimmt. Die Organisation wurde weiter beauftragt, das Lohnabkommen zum 31. Dezember sofort zu kündigen.

Internationale Konferenz der Seeleute.

Auf Wunsch angefallener Organisationen hat der Vorstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.) beschlossen, für den 29. November in Antwerpen eine Konferenz von Vertretern der Seeleute-Organisationen einzuberufen. Im Einladungs schreiben heißt es u. a.:

„Alles deutet zurzeit darauf hin, daß die Kraft der Internationalen Seafarers' Federation (Internationale Seeleute-Föderation) erschöpft und diese nicht mehr in der Lage ist, die Interessen der Seeleute in irgendeiner Weise zu vertreten. Der Generalkonferenz der I.T.F., der sich der Aufgabe, die ihm die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Seeleute aufträgt, bewußt ist, hat den weiteren Ausbau der Gruppe der Seeleute beschlossen, die innerhalb der I.T.F. die Interessen der Arbeiter zur See in entsprechender Weise vertreten wird.“

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit werden von den Verbänden der Seeleute nun separate Anstrengungen gemacht, um ihren Lebensstandard zu verteidigen. Die international organisierten Reederei benützen andererseits die allgemein herrschende Arbeitslosigkeit, um die Löhne der Seeleute immer tiefer herabzudrücken. Die einzelnen Verbände können jedoch nicht isoliert gegen die international organisierten Reederei vorgehen. Immer mehr und mehr Schiffe finden ihren Weg nach Deutschland und tragen die deutsche Flagge, und es ist sehr leicht möglich, daß Deutschland es fertigbringt, eine Handelsflotte zusammenzustellen, welche sich mit denjenigen vergleichen läßt, die es vor dem Kriege besaß. Es würde für die I.T.F. kein Grund vorliegen, dieser Tatsache ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn nicht die Arbeitgeber aus dem Vergleich mit den europäischen und amerikanischen Seuten hoffnungslos niedrigen Löhnen, die

die deutschen Reederei ihren Seeleuten zahlen, Nutzen ziehen würden und so die Löhne der Seeleute in ihren eigenen Ländern in solchem Maße herabdrücken, daß, falls diesen Bestrebungen nicht Einhalt geboten wird, die Löhne bald auf weniger als die Hälfte der bestehenden Löhne sinken werden.“

Folgende Punkte wurden auf die Tagesordnung gesetzt: 1. Besprechung der Weltlage, soweit die Seeleute an ihr interessiert sind. — 2. Die gegenwärtigen Löhne und Arbeitsbedingungen. — 3. Internationale Richtlinien. — 4. Vorschläge für Maßnahmen zu Punkt 3.

Elektro-Einzelhandel. Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel Groß-Berlin vom 1. Mai 1921 ist nachträglich vom Reichsarbeitsministerium auch für den Elektro-Einzelhandel für allgemein verbindlich erklärt worden. Die in Geschäften des Verbandes der Beleuchtungs-Geschäfte bzw. im Elektro-Einzelhandel tätigen kaufmännischen Angestellten, die die tarifliche Gehaltsstufe nicht erhalten haben, können jetzt noch ihre Ansprüche geltend machen. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten Ueber einen neuen Tarifvertrag schwebend Verhandlungen, über deren Verlauf in Kürze berichtet wird.

Bei der Firma David Grove A.-G. in Charlottenburg und ihren Tochterunternehmungen sind die Arbeiter und Angestellten in den Streik eingetreten, da ihrer Forderung auf Rahluna einer Wirtschaftshilfe nicht entsprochen wurde. Mit den Angestellten allein wollte die Firma verhandeln, was jedoch abgelehnt wurde.

Die Transportarbeiter von Barmen-Eibersfeld und Bohmstedt streiken, weil die Arbeitgeber anstatt des seit drei Jahren geltenden Transportarbeitertarifs den Tarif für Handelshilfsarbeiter einführen wollen.

Der Streik in den Pflanzwerken in Homburg (Rheinpfalz) wurde Mittwochabend beigelegt. Die Stromerzeugung der Pflanz ist wiederhergestellt.

Verkehrsstreik in Brüssel. Die Beamten und Angestellten der Straßen- und Kleinbahnen traten gestern in den Streik, weil ihre Forderung auf Daueranstellung der Beamten und Angestellten von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt wurde.

Von den Streiks in Italien geht auch der Generalstreik in Südtirol seinem Ende entgegen.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 35 B.R.G. Notwendige Versammlung von Arbeitszeit zur Vertretung der Arbeiterschaft. Das Gewerbegericht Bremen hat am 9. Juli 1921 die Klage von zwei Betriebsvertretungsmittgliedern gegen einen ihnen gemachten Lohnabzug für Teilnahme an einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss abgelehnt, da nach § 28 des B.R.G. nur der Vorsitzende oder sein Stellvertreter gesetzliche Vertretungsbefugnis besitzen.

In der Begründung wird hierzu u. a. angeführt: „Es was zu prüfen, ob tatsächlich die Anwesenheit der Kläger in der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss erforderlich war und die dadurch eingetretene Versammlung von Arbeitszeit als eine notwendige angesehen werden muß. Das Gewerbegericht hat diese Frage verneint. Freilich besteht darüber kein Zweifel, daß der Betriebsrat berechtigt ist, Lohnforderungen vor dem Schlichtungsausschuss neben den Verbänden, die etwa hierfür eintreten, zu vertreten.“

In erster Linie wird die Aufgabe des Vorsitzenden des Betriebsrates oder seines Stellvertreters sein, da er nach § 28 B.R.G. als gesetzlicher Vertreter des Betriebsrates gegenüber dem Schlichtungsausschuss anzusehen ist. Selbstverständlich kann die Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss auch durch andere Mitglieder des Betriebsrates erfolgen. Ob es aber erforderlich ist, daß mehrere Mitglieder des Betriebsrates oder gar der ganze Betriebsrat vor dem Schlichtungsausschuss erscheinen, ist von Fall zu Fall zu prüfen. Hier handelt es sich um eine Lohnforderung der Arbeiterschaft. Der Arbeiterrat mußte also bei ihrer Vertretung zugegen sein. Dieser besteht aus fünf Mitgliedern. Vier von diesen sind in der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss anwesend gewesen, nämlich der Vorsitzende, ein Vertreter der Mälzerei- und ein Vertreter der Speicherei. Außer dem Vorsitzenden hat in der Verhandlung keiner der Wortgeführten die Lohnforderung war eine ganz allgemeine, in der für sämtliche Arbeiter eine Lohnerböschung gefordert wurde. Ein Unterschied nach der Art der Beschäftigung, etwa als Mälzerei-arbeiter, Speicherei-arbeiter oder Handwerker, ist bei der Lohnforderung nicht gemacht. Eingereicht ist die Forderung von dem Verbande. Eine Ladung des Betriebsrates zur Verhandlung ist weder beantragt noch erfolgt. Wenn jetzt die Kläger behaupten, daß ihre Anwesenheit in der Verhandlung erforderlich gewesen sei, weil möglicherweise spezielle Fragen bezüglich der von ihnen vertretenen Arbeitergruppen hätten zur Erörterung kommen können, so kann dem nicht zugestimmt werden. Daß bei einer ganz allgemeinen Lohnforderung die besonderen Verhältnisse einzelner Arbeitergruppen zur Sprache kommen, ist durchaus unwahrscheinlich, zumal ein Unterschied in der Lohnberechnung zwischen diesen einzelnen Gruppen nicht besteht, da die Arbeiter lediglich nach dem Alter verschieden bezahlt werden. Es erscheint völlig ausreichend, wenn bei einer solchen Verhandlung die Arbeiterschaft durch den Verband, der in erster Linie ihre Forderungen vertritt, und ein Mitglied, in erster Linie den Vorsitzenden des Betriebsrates, vertreten wird.“

Es ist in derartigen Fällen zu empfehlen, daß tatsächlich die Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss auf das notwendige und vernünftige Maß beschränkt wird, da doch die bloße Teilnahme an Verhandlungen ohne die Absicht, in dieselben einzugreifen, auch nicht im Sinne der von uns zu fördernden Bestrebungen liegen kann.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Freitag: Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Mälzerei- und Speicherei-Industrie. — Samstag: 7 Uhr in Wilkes Festsäle, Schönhauser Allee. — Gruppe Verbandsbezugs. — Versammlung abends 8 Uhr in Wilkes Festsäle, Schönhauser Allee. — Beschäftigung über unsere Lohnverhandlung. — Generalverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen. Freitag 6 Uhr bei Becker, Wehstr. 17. Versammlung sämtlicher in den Elektrizitätswerken beschäftigten Kollegen. — Ablehnung der Wirtschaftshilfe. — SPD-Reaktion der freien Schreiner-Gewerkschaft. — Sonnabend 7 Uhr: Stabskammer, Zimmer 243, Beschäftigung.

Termin: für den 26. Okt. 1921: Dr. Werner Heiler, Charlottenburg; für Anträge: H. Stöckel, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. — Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. — Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. — Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
best. Fabrikat, große Auswahl, Verkaufsmusterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertrudenstr. 8a 20-21.



Man fordere sie!

Sie wissen genau: die Massary-Zigaretten sind wahrhaft gut. Verlangen Sie sie mit Nachdruck! Heute, morgen, übermorgen, Tag für Tag. Überall. Ihr Wunsch ist maßgebend!

MASSARY-CLASSE 50

Deckung der Mehrausgaben.

Die Stadtverordneten über Geldkalamität und Tarifierhöhungen.

In der Stadtverordnetenversammlung spielte gestern die „Mehrheit“ und ihr Vorsteher wieder keine nennenswerte Rolle. Vorsteher Dr. Caspari hatte in der vorhergehenden Sitzung unserem Genossen Brosat einen zweifellos unberechtigten Ordnungsruf erteilt. Ueber Brosats schriftlich eingereichten Widerspruch konnte nicht debattiert, sondern nur abgestimmt werden. Der Vorsteher sagte das selber, wollte aber dann — Erläuterungen zu dem Gegenstand geben. Widerspruch und Heiterkeit der Linken schnitten ihm das Wort ab. Die Rechte beschloß darauf, den unberechtigten Ordnungsruf zu billigen. Nachher wollte die Rechte ihr geringes Übergewicht dazu ausnutzen, eine überstürzte Vornahme der Wahlen zu den zentralen Verwaltungsdeputationen durchzuführen. Der Versuch scheiterte an dem entschiedenen Widerstand der Linken, die noch Besprechungen unter den drei linksstehenden Fraktionen wünschte. Demokraten, Zentrum und Wirtschaftspartei haben sich für diese Wahlen zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, um mit einer gemeinsamen Liste besser abzuschneiden. Demgegenüber halten die drei Fraktionen der Linken ein gemeinsames Vorgehen für nötig. Die Wahl wurde verschoben.

Die Magistratsvorlage zur Deckung der Mehrausgaben, die infolge der notwendigen Gehalts- und Lohnausbesserungen entstehen, wurde von einem Redner der Rechte als eine Nichtdeckungsvorlage bezeichnet, weil noch ein sehr reichlicher Betrag ungedeckt bleibt und Ausgleich durch Reichshilfe erwartet wird. Genosse Dr. Lohmann, der Redner für die sozialdemokratische Fraktion, beleuchtete die kritische Situation, in der die bürgerliche „Mehrheit“ sich befindet, weil auch sie die in schwindelhaften Wahlflugblättern den Sozialisten aufs Konto gesetzten Tarifverteuerungen selbstverständlich nicht aufhalten kann. Die Deckungsvorlage ging an den Ausschuß. Am späten Abend kam es noch zu einer lauten Debatte über den Zustand der Charlottenburger Rotbaraden. Die drei Fraktionen der Linken, mit denen hier auch die Demokraten stimmten, beschloßen, den Magistrat zur Beseitigung der Mißstände aufzufordern.

Sitzungsbericht.

Die zu heute nachmittag 5 Uhr pünktlich einberufene ordentliche Sitzung beginnt unter dem Vorsitz von Dr. Caspari erst nach 5 1/2 Uhr.

Gegen den Dringlichkeitsantrag Heimann (Soz.) wegen sofortiger Aufhebung des Verbots der Ausgabe der Briefkasten mit den Inseraten der „Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend“ erhebt Müller-Franken (Wirtschaftsp.) Widerspruch; der Antrag kann heute nicht verhandelt werden.

Brosat (Soz.) hat gegen einen ihm vorgestern von Dr. Caspari erteilten Ordnungsruf Widerspruch erhoben. Brosat hatte: Deutschnationaler Schwindel gerufen. Nach der Geschäftsordnung hat die Versammlung ohne Aussprache über die Beschwerde zu entscheiden. Dr. Caspari will eine Erklärung dazu abgeben; diese Absicht scheitert an dem Widerspruch der Linken. Unter dem Vorsitz des Vorsitzendenvertreeters Dr. Reyer wird durch Zuschaltung der Ordnungsruf mit 11 gegen 93 Stimmen für gerechtfertigt erklärt. (Psittirufe auf der Linken.)

Die Sitzung für die Volksaufstellung wird genehmigt. Eine lange Reihe von Vorlagen von minderer Bedeutung gelangt ohne Aussprache zur Annahme; eine Anzahl weiterer Vorlagen geht an Ausschüsse.

Ueber die Vornahme einer Probewahl

für die Entsendung der Mitglieder in die Deputationen, die nach einem Beschluß von vorgestern heute vorgenommen werden sollte, ergeben sich Meinungsverschiedenheiten. Czerninski (Soz.) ist für Verschiebung, da es sich um eine Verhältniswahl handle und von sämtlichen Fraktionen für alle Deputationen die Vorschläge eingereicht werden müßten. — Werten (Dem.) will die Wahl heute vorgenommen wissen, was bei gutem Willen auch gelingen werde. In der Fortsetzung der Erörterung, die von 1/2 Uhr ab bei merkt-

lich gedämpfter Beleuchtung stattfindet, stellt Dr. Weyl (U. Soz.) fest, daß die Angelegenheit gar nicht auf der Tagesordnung aufgeführt ist; die Liste der U. Soz. sei nicht fertig, man sei nicht darauf vorbereitet gewesen. — Nach weiterem Hin und Her gibt die bürgerliche Mehrheit schließlich dem Verlangen der Linken, die Wahl zu vertagen, nach, nachdem Czerninski darauf hingewiesen hat, daß sich Wirtschaftspartei, Zentrum und Demokraten zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ und auf eine gemeinsame Liste vereinigt haben und die andere Seite zu diesem Raum Stellung nehmen müsse. — Ueber den Wahltermin wird ebenfalls lange gestritten und um 7 Uhr die Sitzung unterbrochen, damit sich die Fraktionen erneut besprechen können. Um 7 1/2 Uhr wird verkündet, daß die Deputationswahlen und die Wahlen der unbesoldeten Stadträte am 15. Dezember stattfinden sollen, daß auch versucht werden wird, die Wahlen zum Staatsrat am gleichen Tage vorzunehmen. Hierauf wendet sich die Versammlung zur

Beratung der Deckungsvorlage

für die letzten Gehalts- und Lohnerhöhungen.

Reimann (U. Soz.) kritisiert die Unzulänglichkeit der Deckungsvorläge, bezeichnet das heutige Berliner Verkehrsweisen als „Verkehrswunden“ und beantragt Ausschußberatung. Ein Vertreter der Kommunisten lehnt die Vorlage als den frechen Versuch der schamlosesten Ausplünderung der breiten Massen ab.

Müller-Franken (Wirtschaftsp.) plädiert angesichts der großen Notlage der Berliner Finanzen für größte Sparsamkeit in der Verwaltung. Im Beamtenpersonal sei noch viel überflüssiger Ballast, und der Automobilspart, den die Magistratsräte trieben, sei unerhört. Daß man gar noch die Gehälter der Magistratsmitglieder auf die Höhe der Bezüge der höchsten Reichs- und Staatsbeamten, auf 80 000, 100 000 R. und noch darüber bringen wolle, sei geradezu unfaßlich. Wenn man den Gas- und Elektrizitätstarif erhöhe, müsse man auch die Riesenrabatte der Großindustrie endlich beseitigen. Die Herausschraubung der Gewerbesteuer sei höchst ungerecht.

Luch Dr. Steiniger (Dnal.) hat sehr große Bedenken gegen die Magistratsvorläge.

Lohmann (Soz.): Die heutige Sitzung hat gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit die Macht doch nicht besitzt.

wir könnten sie im Feuer dieses ihres Wahnes schmoren und braten lassen. (Heiterkeit.) Aber wir sind uns auch unserer Verantwortung gegenüber den Einwohnern bewußt. Es kommt jetzt nicht auf Reden, sondern auf Handeln an. Die Vorlage, die aus der Not der Zeit geboren ist, wird gründlich im Ausschuß zu prüfen sein.

Stadtrat Böhm: Gegenwärtig wird vom Magistrat mit dem Autos sehr sparsam gewirtschaftet.

v. Geyern (D. R. A.): Die Vorlage ist keine Deckungsvorlage, denn sie läßt 227 Millionen ungedeckt, und das soll das Reich bittweise angeeignet werden! Es ist für die Städte vorbei mit der Möglichkeit, an die großen Portemonnaies heranzukommen. Der heutige Magistrat ist von der Linken auf den Thron erhoben; da kann sie nicht einfach erklären, sie spiele nicht mehr mit. Die Ansicht des Magistrats, die Vorlage ohne Bestrafen der Versammlung in Kraft zu setzen, war durchaus verfehlt. Zum Zusammenarbeiten sind wir loyal bereit. Das Steuerzahlen fängt jetzt erst an und wird sehr hart werden.

Kunze (Deutschnat.): Die jetzige Finanzpolitik ist wahnwitzig. Ich beantrage, die Reichsregierung zu ersuchen, sofort eine Kommission zur Aenderung unserer Geld- und Währungsverhältnisse einzusetzen. (Geschäner und ironischer Beifall links.) Sie haben ja seit meinem ersten Eintritt vor Anspöck-Kunze gezittert! (Stürmische Heiterkeit.)

Brenzel (Dem.): Wir können das internationale Währungsproblem nicht lösen.

Ausschussberatung wird beschlossen. Der Antrag Kunze wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage wegen Herabgabe des Gemeindegeldes von 10 Millionen zu den staatlichen Baukostenübersteuerungs-zuschüssen von 30 Millionen, woneben die Stadt noch Baustoffe für 20 Millionen liefern will, wird nach kurzer Aussprache angenommen. Die 10 Millionen sollen aus der Wohnungsluststeuer gedeckt werden.

Hierauf begründet um 9 Uhr Marocki (Komm.) den Antrag,

Hermann ging um die Betten herum nach der Ecke. Er kannte hier jeden Gegenstand und hätte auch mit verbundenen Augen den Weg gefunden. Dennoch ging er unsicher und tastete rechts und links mit den Händen.

Hier in der Ecke stand Vaters Schrank. In der oberen Schublade war Geld — das Geld, das Vater von der Bank abgeholt und für die Aussteuer und häusliche Ausgaben bereithielt. Die größeren Summen lagen in dem eisernen Schrank im Neufahrwasser Kontor. Ein großes Vermögen war hier nicht zu finden, aber genug, um einen nicht zu anspruchsvollen Menschen eine Weile über Wasser zu halten.

Nervös suchte er in den Taschen nach den Wachstreichhölzern. Hatte er sie oben liegen lassen? Endlich fand er sie.

Er probierte eins an. Es brannte nicht. Vielleicht hatte er in der Hast auch zu kräftig angerieben, daß der Kopf abgebrochen war. Das Wachsfädchen fiel auf den Boden. Er erschrock. Wenn man es fände. — zum Teufel, das gäbe eine Beschäftigung! Er kniete nieder und tastete den Boden ab, bis er es auf dem Bettvorleger entdeckte. Beruhigt steckte er es in die Tasche.

Ein Wagen fuhr draußen über den Platz. Es mußte ein schwer beladener Wagen sein. Vielleicht ein Lastfuhrwerk, das vom Werder kam und zur Markthalle fuhr. Das ganze Haus schien zu zittern. Die Leuchter und der Uhrständer klirrten auf der Marmorplatte. Hermann schien es ein donnernder, ohrenbetäubender Lärm, der alle Schlafenden wecken und schrecken mußte.

In knieender Stellung, halb aufgerichtet, verharrte er, bis der Wagen weggerollt war und das Klirren — dies verdammte Klirren — aufhörte. Die Hände auf das Herz gepreßt, wartete er, was nun geschehen werde.

Als alles wieder still war, erhob er sich. Schnell entzündete er das Licht und öffnete die Schublade mit dem Schlüssel. Es war der Schlüssel seines eigenen Kleiderschranks. Beim Spiel als Schüler hatte er einmal zufällig entdeckt, daß er auch hierzu paßte. In diesen letzten Wochen war es ihm wieder eingefallen.

Langsam, mit unnatürlicher Ruhe, öffnete er das Drahtkästchen und entnahm ihm die Scheine. Es war mehr, als er erwartet hatte. Das eine Bündel wollte er liegen lassen. Dann

sofort 1 1/2 Millionen Mark zur Renovierung der völlig unbenutzbar gewordenen Rotbaraden in Charlottenburg zur Verfügung zu stellen.

In längerer Aussprache wird der Fall erörtert und die Berechtigung der Mieter, in den Streit zu treten, auch von Rednern der Rechte anerkannt. Das zur Unterhaltung verpflichtete Bezirksamt Charlottenburg habe für die weniger Bemittelten nichts übrig; für sie solle Berlin sorgen. Die sofortige Bewilligung der Summe wird für notwendig erklärt. Von einem Redner der Rechte wird Charlottenburg verteidigt. Dr. Löwenstein (U. Soz.) verlangt, daß die Hälfte der Summe aus den Charlottenburger gewählten Vorbehaltsmitteln entnommen werden soll. Dr. Reyer (Dem.) erstickt in dieser Forderung eine unberechtigte Kritik der Charlottenburger Finanzverwaltung. Der Antrag Löwenstein wird zurückgezogen, der Antrag der Kommunisten angenommen, danach soll das Bezirksamt auch veranlaßt werden, die Renovierungsarbeiten sofort durch die städtischen Betriebe ausführen zu lassen. Gegen 10 Uhr schließt die öffentliche Sitzung.

Der einträgliche „Bauschlafen“.

In einem österreichischen Blatt kann man die Schilderungen eines „schneidigen“ Journalisten lesen, der (man muß eben alles „kennen lernen“) über seine Erfahrungen, die er in der Wüste eines fliegenden Zigarettenhändlers bei einer Fahrt durch Berlin gesammelt haben will, das Blaue vom Himmel herunter stunkert. Der verkappte Händler hat auf seinem Posten in der Leipziger Straße mit seinem umgeschalteten „Bauschlafen“ innerhalb drei Stunden zweihundert Mark eingenommen, in Treptow vor der Rennbahn in vier Stunden tausend Mark, wovon etwa zwei Drittel verdient waren. „Ausdrücklich wird aber betont, daß namentlich Arbeiter und Jugendliche hintereinander kaufen; nicht selten war es, daß junge Burschen sechs Stück zu je 50 Pf. erstanden. Und das bei den „Hungerlöhnen“, von denen die Arbeiterpresse spricht!“

An dieser rührenden Geschichte muß auch den Einfältigsten auffallen, warum dieser „schneidige Journalist“ bei so glänzendem Geschäftstag seinen „Bauschlafen“ und seine Geschäftsgeheimnisse nicht für sich behielt. Denn selbst das „schneidigste“ Scharfmacherblatt wird diese Journalisten nicht soviel Honorar oder Gehalt zahlen, als er beim Straßenhandel mit Zigaretten verdient haben will. Die „Arbeiter-Zeitung“ interessiert sich für die Geschichte insofern, als „namentlich Arbeiter und Jugendliche“ es wagten, sich Zigaretten zu kaufen, und gar 6 Stück zu je 50 Pf.

Zugegeben, daß Jugendliche besser daran tun, das Zigarettenrauchen zu unterlassen, und gesundheitlich besser fahren, wenn sie sich Nahrungsmittel für das Geld kaufen. Wobei wir davon absehen, daß während der Kriegszeit das Rauchen im allgemeinen und das Zigarettenrauchen im besonderen von oben herab besonders kultiviert wurde. Daß aber die Zigarette, die früher 3 Pf. kostete, heute 50 Pf. kostet, liegt nicht an den Jugendlichen und den Arbeitern. Auch die Arbeiterherde, obgleich sie ihren Zigarettenbedarf an groß einzukaufen, haben sicherlich den Preisunterchied gegen früher schon gemerkt. Früher hatte man als jugendlicher Arbeiter die Wahl, sich ein Pfund Birnen oder Äpfel, ein Viertel Pfund gute Wurst oder fünf Zigaretten um 15 Pf. zu kaufen. Die Auswahl ist heute etwas beschränkt. Man mag diese Zigarettengeschichte betrachten wie man will, kann ganz unerörtert lassen, inwieweit sie als Stimulations-, als Hungerbetäubungsmittel in Frage kommt, jedenfalls ist die Zigarette in ihrer besten Sorte und in Menge von sechs Stück auf einmal ein schlechtes Beweisstück gegen „Hungerlöhne“.

Sollten die das Journalistenabenteuer interessierenden Kreise jedoch in Verlegenheit sein, um Beweise für „Hungerlöhne“ zu erhalten, so wollen wir gern die Proletarierfäden zeigen, wo sie finden könnten, was sie gebrauchen. Denn die Rennbahn erscheint nicht als der richtige Platz, von dem aus die soziale Lage der Arbeiterschaft betrachtet und beurteilt werden kann.

Der leidige Kleingeldmangel!

Eine Rechtfertigung für die „Hüterin des Groschens“.

Die freundlichen Fahrkartenerkäuferinnen, die nach den Wahrnehmungen unseres aufmerksamen Gewährsmannes sich als treuherzige Hüterinnen des eingehenden Kleingeldes bewähren sollen, wurden hier vor einiger Zeit in Verbindung mit dem kleingeldbedürftigen Hochbahnpublikum erwähnt. Auf unser Ersuchen hat sich jetzt die Hochbahnverwaltung zu diesem seit Jahren so aktuellen

rüh er es aber doch mit schnellem Ruck an sich und steckte es ein. Es war ja das letzte Mal.

Dann klappte er die Drahtkassette wieder zu, drückte die Schublade zurück und verschloß sie wieder.

Leise ging er hinaus.

Als er die Stubentür hinter sich geschlossen hatte, atmete er tief auf. Dann lief er, unbekümmert um das Krachen und Anarren der Stufen, die Treppe empor in sein Zimmer, das von dem frommen, blauen Mondlicht erfüllt war.

Es war kalt und Schnee lag in der Luft. Annemarie hatte schon die Winterjacken an und rieb sich die Ohren. Von der See blies ein steifer Nordwest in die Gassen.

Annemarie nahm Abschied von der Stadt, die sie zögernd betreten hatte und nun zögernd verließ. Heute nachmittag mußte sie noch beim Notar sein; mit dem Sechszug konnte sie dann wohl fort nach Berlin.

Sie ging in Ruhe durch die alten Gassen. Zum ersten Male ging sie gemächlich, ohne das schlechte Gewissen wie eine Kette hinter sich klirren zu hören. Sie hatte keinen Auftrag, und keinem würde es einfallen, sie zu fragen, wo sie wieder so schrecklich lange geblieben sei. — Ach, was war sie doch für ein armes, abgeheftes Tier gewesen.

Herr van Steen — Kohlenkaufmann van Steen aus der Raepergasse — grüßte.

Sie blinzelte ihn vergnügt an. Er lächelte geschmeichelt und blieb stehen. „Nun, Fräuleinchen, auf dem Bummel?“

„Ja“, sagte sie, „und heute geht's fort.“

„Also darum so fidel? Das sollte man aber doch feiern!“

„Warum nicht?“ Sie war doch neugierig, wie weit der dicke Herr gehen würde.

Er sah nach der Uhr. „Jetzt muß ich auf die Börse. Aber in einer Stunde, he? Wie wäre es?“

Sie schnitt ein unglückliches Gesicht. „Das ist aber furchtbar schade. Da kann ich nicht mehr.“

„Fräuleinchen, versuchen Sie mal. Ich lasse den Sekt inzwischen kaltstellen. Es ist zwar sehr die Frage, ob er angeht, aber von so viel Reizen nicht warm wird.“ Er lächelte dröhnend über seinen altbewährten Witz.

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Auf dem Treppenschiff hieß er wieder inne. Das dort war Fräuleins Zimmer. Er schlich an die Türe und lauschte. Er lächelte. Er glaubte ihre tiefen, ruhigen Atemzüge zu vernahmen. Was für ein bequemes Liebschen hätte er da gehabt, wenn er heute auf dem Turm nicht so dumm gewesen wäre.

Er richtete sich wieder auf. Was für ein verrückter Gedanke war das? Er liebte sie doch und lief doch eigentlich ihrerwegen fort, weil er nicht mehr die Stube ansehen mochte, durch die sie gegangen, und nicht die Menschen, die sie ausgekostet hatten.

Wenn ihn einer hier entdeckte!

Schnell huschte er die zweite Treppe hinunter.

Sein Herz schlug laut, daß er es zu hören meinte. Sein Blut brauste im Kopf, daß es ihn zu sprengen drohte.

Die Tür zum Wohnzimmer knarrte und quietschte. Er hatte sie immer schon einölen wollen, aber er war nie dazu gekommen. Und nun — er mußte lachen — nun würde nichts mehr daraus werden.

So leise wie möglich schloß er sie wieder hinter sich. Es konnte doch sein, daß jemand die offene Tür sah und mißtrauisch wurde. Dabei fiel ihm ein, daß er sein Zimmer oben nicht geschlossen hatte, und er begann unruhig zu werden.

Sollte er noch einmal hinaufgehen? Unsinn. Das kostete zuviel Zeit — und wer weiß, ob er dann nochmal hinunter konnte!

Schnell ging er in das Schlafzimmer der Eltern. Die Türe stand halb offen.

Das Mondlicht, gedämpft durch die Stores, ließ immerhin die beiden breiten, weißen Betten nebeneinander erkennen. Auf einem Nachtschiff blinzte etwas. Das mußte Vaters Uhrständer sein. Er schaute ihn an und stieß dabei an den Rostleuchter. Es klirrte laut und vernehmlich durch die Stille.

Er fuhr zusammen. Und wieder lachte er leise über seine Schreckhaftigkeit. Nein, es war wirklich kein Grund zum Entsetzen da.

100 000 Mark Belohnung!

In Berliner Läden tauchen neuerdings Fälschungen von Reichardt-Schokoladen auf; bis jetzt sind solche der beiden besten Marken „Blaukreuz“ und „Schwertschlag“ festgestellt. Schwarzklünstler, wie sie sonst Geldscheine fälschten, verfallen auf den jetzt weit lohnenderen Gedanken, die Umhüllungen von Reichardt-Marken nachzudrucken in der richtigen Erkenntnis, daß sie die Reichardt-Schokoladen selbst nicht nachzuahmen vermögen. Ihnen kommt der Umstand zu statten, daß wir trotz Tag- und Nachtbetrieb nicht soviel liefern können, wie verlangt wird. Geschädigt werden zunächst die deutschen Verbraucher, und dies leider in einem Grade, der alle Vorstellungen übersteigt. Daher setzen wir

für die Ermittlung der Fälscher

die obige Belohnung aus. Denn die Qualitäten dieser Fälschungen sind der größte Schund, wie ihn nur Winkelfabriken fertig bekommen. Die Schokoladenmasse besteht aus schlechtestem Material, die Verarbeitung ist eine ganz oberflächliche, sodaß die Tafeln oft Löcher wie Schweizerläse aufweisen. Der Geschmack ist überwiegend muffig. Statt Vollmilch- ist Magermilch-Pulver verwendet worden. Nachstehend die äußerlichen Unterscheidungsmerkmale der Fälschungen

von Reichardt-Schokolade.

Die echte Blaukreuz und Schwertschlag hat eine Tafelgröße von 155 × 90 mm.

Bei den echten Tafeln haben die Worte „Blaukreuz“ und „Schwertschlag“ auf den kurzen Ranten ihren Platz gefunden.

Die echte hat 30 Teile, und zwar fühlt man deutlich durch das Papier 6 in der Länge und 5 in der Breite.

Die Färbung des Einschlagpapiers ist bei der echten „Blaukreuz“ stets weiß mit einem gelblichen Ton, bei der echten „Schwertschlag“ stets weiß mit bläulichem Ton.

Der blaue Ausdruck der Vorderseite ist bei Reichardt-Blaukreuz in einem völlig satten Blau gehalten.

Der violette Druck ist bei der echten „Schwertschlag“ dunkel und kräftig.

Der Bronzedruck ist bei der echten Blaukreuz rotgold und dick aufgetragen, was besonders im Namenszuge Reichardt auffällt.

Der Namenszug Reichardt ist auf allen Tafeln, welche auf der schmalen Rückseite zugellebt sind, geprägt. Die echte Blaukreuz ohne Prägung ist Maschinenpackung und daher sind nicht die schmalen Seiten, sondern die breiten Längsseiten zugellebt.

Man achte also zunächst darauf, ob man eine an der schmalen Seite zugellebte Tafel mit oder ohne Prägung erhält.
Die geprägte ist echt, die ungeprägte falsch.

Im Kreuzring der echten Blaukreuz-Schokolade stoßen bei dem Worte Reichardt die Buchstaben „HARD“ am Fuße zusammen.

Bei der echten Schwertschlag sind die in Gold ausgeführten Umrisse und Schattenlinien des Umboffes stark gewellt.

Bei der echten Schwertschlag-Packung umfaßt der Schwertgriff nur die oberste Linie des Schwertes.

Die Rückseite der echten Reichardt-Packung hat enge, kleine Schrift, das Verzeichnis der Verkaufsabteilungen ist infolgedessen mit Ueberschrift nur 4 cm hoch und äußerst 10¹/₄ cm breit.

Das Gewicht der echten Tafeln hält sich ziemlich gleichmäßig zwischen 98 und 102 Gramm.

Die nackten Tafeln zeigen, daß in jedem Teilchen der echten Schokolade das Wort „Reichardt“ oder „Golf“ eingepreßt ist.

Als Herstellungsmonat ist bei den bis jetzt vorgefundenen Fälschungen auf der Rückseite durchweg angegeben: Bei „Blaukreuz“ Juli/August, bei „Schwertschlag“ September/Oktob. 1921.

Das einfachste Mittel gegen die Fälschungen ist, nur in soliden Geschäften zu kaufen, die an unseren bekannten Schildern mit dem Namenszuge „Reichardt“ kenntlich sind. In solchen Geschäften sind Fälschungen bisher nicht aufgetaucht, sondern nur bei Geschäftsleuten, deren Belieferung wir ablehnen mußten, weil sie uns nicht die Gewähr für hinreichend sorgsame Pflege von Edelfabrikaten bieten. Die Wiederverkäufer sind vollständig gesichert, wenn sie nicht von irgend welchen, plötzlich aus dem Dunkel auftauchenden unbekanntem Großhändlern, sondern von unseren altbekannten Bezirksvertretern beziehen. In unseren eigenen Filialen läuft man natürlich nicht die geringste Gefahr, Fälschungen zu erhalten. Obige Belohnung wird ausgesetzt für diejenigen Personen, welche den Drucker der falschen Etiketts, den Fabrikanten der Schokolade und die Unternehmer des Ganzen, die den Großvertrieb ins Werk gesetzt haben, als erste so nachweisen, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann. Teilermittlungen werden von einem Notar unter Kontrolle der Kakaowirtschaftsstelle bewertet. Alle Meldungen erbitten wir an die Detektei Rabert, Berlin, Potsdamer Str. 141, Fernsprecher Nollendorf 875, oder deren Zweigbureau Hamburg, Große Bäckerstr. 12, Fernsprecher Vulkan 766.

Die Fälschungen

sind etwa 165 × 85 mm groß.

Bei den falschen Tafeln sind diese Worte entweder nach links oder nach rechts auf die breite Oberfläche verschoben.

Bei der falschen fühlt man entweder 24 oder 50 Teile, und zwar in der Länge 8 oder 10, in der Breite 3 oder 5 Teile.

bei der Blaukreuz-Fälschung meist weiß mit einem bläulichen Ton, bei der Schwertschlag-Fälschung meist weiß mit schwach gelblicher Tönung.

bei der Blaukreuz-Fälschung in einem gesprenkelten Blau.

bei der Fälschung dagegen blaß und gesprenkelt.

Der Bronzeardruck der Fälschung erscheint gelbgold und läßt sich leicht abwischen.

Bei den Fälschungen fehlt jegliche Hochprägung, und bei allen Tafeln sind nur die schmalen Seiten zugellebt.

Bei der Fälschung stehen diese Buchstaben einzeln für sich.

Bei der Fälschung sind sie ruhiger gezogen und fast gerade.

Bei der Fälschung führt der Schwertgriff bis zur Mittellinie des Schwertes.

Die Rückseite der Fälschungen besteht aus größerer Schrift, daher ist das Verzeichnis der Verkaufsabteilungen mit Ueberschrift reichlich 5 cm hoch und äußerst 12¹/₂ cm breit.

Die Gewichte der gefälschten Tafeln schwanken zwischen 88 und 112 Gramm.

Auf den gefälschten Tafeln fehlt jegliche Inschrift.

Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt

Deutschlands größtes Kakaowerk, Wandsbek-Hamburg

Beratung des Forstetats.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Landtags-Sitzung beantragt Abg. Kilian (Komm.), dem am Mittwoch von ihm verlesenen Antrag auf Amnestieerlass und Einsetzung eines Nachprüfungsausschusses über die Urteile auf die Tagesordnung zu setzen. Präsident Geisler: Da der Antrag noch nicht schriftlich vorliegt, kann er noch nicht behandelt werden.

Das Haus setzt darauf die zweite Beratung des Forstverwaltungsetats fort.

Forstverwaltungsetats

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Die Verwaltung der Forsten darf nicht den Bestand, das Kapital der Forsten angreifen. Für die Forstkultur sind 8 Millionen Mark in den Etat eingestellt. Das Forstkulturgebiet kann erst nach Erlaß des Reichsermächtigungsgesetzes in Angriff genommen werden. Wir brauchen einen technisch-wissenschaftlich gebildeten Beamtenschaft. Der Hauptauschuss will erfreulicherweise auch die Dienstaufwandsentschädigungen neu regeln. Die Förster und Anwärter, die durch den Krieg in ihrem Beförderungsdienst zurückblieben, dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Altersgenossen. Hoffentlich kann noch in diesem Kalenderjahr der Ausschuss zur Prüfung der Auszubildungsverhältnisse zusammentreten. Der Mangel an Mitteln verbietet die dauernde Beschäftigung der Forstarbeiter, doch sind die betreffenden Etatsummen erhöht worden. Der Arbeiterwohnungsbauplan findet unsere ganze Aufmerksamkeit, die Verwaltung wird den Kleinbauern entgegenkommen, doch verbietet eine geordnete Forstkultur eine zu starke Freigabe der Waldweide.

Abg. Klausner (N. Soz.): Trotz des deutschnationalen Antrages zugunsten des Koalitionsrechts ist das Koalitionsrecht der Waldarbeiter keineswegs so sicher, als es den Anschein hat. Von der Forstverwaltung wünschen wir eine raschere Arbeit, damit Anfragen und Klagen schneller erledigt werden. Der Privatforstbetrieb müsse in den Staatsbetrieb übergeführt werden.

Abg. Weisermel (Dnat.) beantragt den Antrag, das vom früheren Landwirtschaftsminister Braun auf den Forstakademien Eberswalde und Hannov.-Münden eingeführte Rektoratsystem wieder abzuschaffen.

Abg. Dr. Bendiner (Soz.): Der Abg. Weisermel würde nicht so starke Löse angeht haben, wenn es sich nicht um den verhassten Braun gehandelt hätte. Wir können den deutschnationalen aus der Zeit ihrer Herrschaft verschiedene Verletzungen des Staatsrechtes nachweisen. Brauns Maßnahmen waren sein gutes Recht, es handelte sich um eine interne Angelegenheit. Das alte militärische System war nicht mehr zeitgemäß, das Direktorialsystem mußte verschwinden. Auch unter dem neuen System werden die Anwärter zu brauchbaren Forstbeamten erzogen werden.

Ein Regierungsveteran warnt vor Ueberspannung der Dauerwaldidee.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Bei der Abstimmung werden eine Reihe von Ausschufsanträgen angenommen. U. a. wird die Summe für Beschaffung von Instanzhäusern für Arbeiter auf 6 Millionen Mark erhöht, auch die Dienstaufwandsentschädigungen für Förster aller Rangklassen werden erhöht. Den Forsthochschulen in Eberswalde und Hannov.-Münden wird das Promotionsrecht verlehnt. Bei dem Antrag, bei diesen Forstakademien die am 1. April eingeführte Rektoratsverfassung aufrechtzuerhalten, ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr; Rest der Abstimmungen zum Forstetat, Ministerium des Innern. Schluß 1/27 Uhr.

Vor dem Streik der Elektrizitätswerke.

Von beteiligter Seite wird uns geschrieben: Der drohende zweite Angestelltenstreik bei den Berliner Elektrizitätswerken geht dieses Mal nicht, wie das erstmalig um ideelle, sondern um materielle Ziele. Trotzdem ist es verhältnismäßig schwierig, eine klare Umgrenzung des Kampfbereichs der Angestellten anzugeben, da sich die Forderung nicht so glatt in Wort und Pennen ausdrücken läßt, wie die der Arbeiter. Die Tarifverhandlungen für die Angestellten der Werke, die nach dem ersten Streik am 12. September sofort aufgenommen sind, haben bis heute noch nicht zum Abschluß des Vertrages geführt. Wenn keine gütliche Einigung erreicht werden konnte, so liegt das nicht zum wenigsten mit daran, daß der Magistrat sich zu engherzig an den Besoldungsplan der Beamten klammert, obwohl die Angestellten der städtischen Werke Kaufleute und Techniker sind, deren Stellung und Tätigkeit nicht so ohne weiteres verglichen werden kann mit der Stellung der Beamten und Angestellten der Verwaltungsbetriebe. Es ist ein Krebsgeschwür unserer ganzen wirtschaftlichen Betriebe, auch der des Staats und Reichs, daß die Behörden aus einer gewissen Bequemlichkeit heraus immer wieder die Tendenz bekunden, auch die wirtschaftlichen Betriebe nach dem Grundsatz der allgemeinen Verwaltung, also der obrigkeitlichen Aufgaben, zu behandeln. Unser Besoldungssystem für die Beamten trinkt nämlich daran, daß es sich lediglich aufbaut auf Tätigkeitsgruppen, in die der Beamte nicht ausschließlich wegen seiner Leistung, sondern in erster Linie wegen seiner Vorbildung, also der abgelegten Examina und seines Dienstalters gelangt. Für Leistungsgruppierung ist in dem Besoldungsplan nur sehr wenig Platz vorhanden, und sie wird noch erschwert durch die stark bürokratische Handhabung des Sperrgesetzes durch den Reichsfinanzminister und die vorgeordneten Staatsbehörden. Gerade die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke können es nicht verstehen, daß ein Betrieb, der ganz nach kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut ist, und der gerade durch diesen Aufbau der Stadt im letzten Jahr einen Ueberschuß von 90 Millionen Mark erbracht hat, auch nach den starren Grundlinien der Beamtenbesoldung behandelt werden muß. Die Tätigkeit des Magistrats führt dazu, daß gerade die besten Kräfte, die in einer guten Bezahlung auch den Ansporn zu höchster Leistung erblicken, sich aus den Gemeindegewerbetrieben ziehen und in der Privatindustrie Stellen übernehmen, die eine wesentlich bessere Bezahlung garantieren.

Das angerufene Schiedsgericht hatte diesen Erwägungen in seinem ersten Spruch vom 29. Oktober zu einem erheblichen Teil Rechnung getragen. Es war zwar eine Anlehnung an die Besoldungsordnung vorgelesen, da der Magistrat glaubte, in seinem Fall hiervon abzuweichen zu können. Die schlechte Eingruppierung war jedoch wesentlich gemildert durch die frühere Festsetzung des Besoldungsstandes, nämlich vom 23. auf das 21. Lebensjahr. Außerdem war eine Zusammenrückung der im Besoldungsplan 16 Jahre betragenden Altersstufen auf 13 Jahre erfolgt, wobei das Schiedsgericht der Alterszulage auf die ersten Jahre verlegt wurde. Mit dieser Regelung konnten sich die Angestellten einverstanden erklären, wenn nicht der Schiedsspruch gleichzeitig für die Zeit vom 1. Oktober bis 30. Dezember Zulagen vorgelesen hätte, die als vollkommen ungenügend bezeichnet werden mußten. Der Schiedsspruch bestimmte, daß im Monat Oktober die Anwärter eine Zulage von 100 M., im Monat November von 200 M. und im Monat Dezember von 300 M. erhalten sollten. Das war auch unter Berücksichtigung der kurz nach dem Schiedsspruch bekannt werdenden wesentlich erhöhten Sätze der Beamtenbesoldung in keiner Weise ein Ausgleich für die herrschende Teuerung. Da es aber nicht möglich war, Teile des Schiedsspruches anzunehmen, mußten die Angestellten den gesamten Schiedsspruch ablehnen und versuchen, für die Zeit nach dem 1. Oktober eine andere Regelung zu erhalten. Es wurde daher am

Der Mordprozeß um Wachtmeister Buchholz.

Warum Buchholz Selbstmord begangen haben soll.

In der Zeugenvernehmung wird immer wieder die Frage erörtert, ob bei Buchholz wegen der Unterschlagungen ein Selbstmord anzunehmen sei. Er selber soll seine Schuldlosigkeit beteuert und keine Selbstmordneigung gezeigt haben. Angeklagter Erren sagt, kurz vor dem Selbstmord sei noch doppelte Buchung nachgemessen worden.

Staatsanwalt Dr. Steinbrecher beantragt sofortige Verurteilung eines Kaufmanns Röhr, dem ein Mitgliedschaft der Hundertschaft erzählt habe, den Täter zu kennen.

Die Ladung wird beschlossen.

Wachtmeister Erren hat die Schüsse gehört, die Wachtmeister Hinderlich auf dem Hof abgab, um einen verrosteten Revolver zu erproben. Erren war 10 Minuten später in dem Zimmer 39 einen dampfenden Schuh gehört und Erren schon auf dem Korridor gesehen, worauf er selber als erster hineingegangen sei. Neben Buchholz lag der Revolver, in einiger Entfernung bemerkte er später die herausgestohene Patronenhülse. Er habe sich sofort gelobt, daß die Wunde am Hinterkopf, weil sie nur so groß wie das Geschloß war, der Einschuß sein müsse. Als ihm dann erzählt wurde, daß der Revolver nicht Buchholz gehörte, habe er angenommen, es könne kein Selbstmord sein. Daß Buchholz 175 000 M. unterschlagen haben sollte, sei ihm bekannt gewesen. Verdacht gegen Erren oder Meyer habe er nicht. An den Wachtmeister Heise, auf den die Untersuchung sich gleichfalls erstreckt hat, richtet der Vorsitzende eine eindringliche Ermahnung. Heise hat kurz vor der Tat im Zimmer 39 und benachbarten Zimmern nach einer Schere gesucht und war, als der Schuh fiel, in der Nähe auf dem Korridor. Er habe, als er ihn hörte, sofort gemeint, daß Buchholz wegen der Unterschlagungen sich erschossen habe. Wachtmeister Müller hat Buchholz auf dem Korridor getroffen und glaubt, Niedererschlagenheit an ihm bemerkt zu haben.

Nachher habe er durch die offene Tür von Zimmer 39 Buchholz gesehen, wie er an dem Kragen seines Mantels zog. Kurz darauf habe er den Schuh fallen hören und Buchholz sinken sehen. Daß jemand sich erschießt, nachdem er seinen Mantel angezogen hat, findet er nicht auffällig.

Beide Angeklagten traut Oberleutnant Ratwich die Tat nicht zu. Dem Wachtmeister Buchholz hat er bei dessen zehn Tage vorher erfolgten Verhaftung seinen Revolver abgenommen. Die später in Buchholz Verwahrung gefundenen Patronen paßten zu diesem Revolver, nicht zu dem bei der Leiche liegenden, in dem noch fünf Schüsse waren. Selbstmord hält er für glaubhaft. Als dem Buchholz am Abend vor seinem Tode nochmals die doppelte Buchung eines Ausgabepostens von 60 000 M. vorgehalten wurde, sei er sehr aufgeregt gewesen. Er habe sich damit entschuldigt, daß er nicht kassenmäßig vorgebildet sei. Leutnant Enderlein berichtet über mangelhafte Buchführung, die er für Absicht hält. Buchholz sei, als ihm die doppelte Buchung vorgehalten wurde, zusammengebrochen. Auf eine Frage des Staatsanwalts Krause schrie er: Ich bin der Bestimmtheit seiner Meinung über die angebliche Unterschlagung ein. Die Unterschlagungsaffäre soll durch Vernehmung anderer Zeugen noch aufgeklärt werden.

Nach Auslage des Friseurs Piper hat Buchholz sich wenige Minuten vor seinem Tode rasieren lassen und ein Witzblatt gelesen.

Raum war er von dem Friseur weggegangen, als dieser schon die Schreckensnachricht erhielt, daß „Buchholz sich erschossen“ habe.

Die Zeugenvernehmungen werden heute fortgesetzt. Bisher ist hauptsächlich nach Motiven eines Selbstmordes geforscht worden. Die weiteren Vernehmungen werden sich vermutlich mehr auf die Frage nach den Motiven eines Mordes erstrecken.

Die gewerkschaftliche Warenversorgung.

Als zu Ende des vergangenen Jahres infolge Arbeitslosigkeit und mangelnder Kaufkraft der breiten Masse des Volkes das ganze Wirtschaftsleben zusammenzubrechen drohte, haben die Gewerkschaften die Warenversorgungsstelle ins Leben gerufen, um der Krise auf dem Gebiete der gesamten Bekleidungsindustrie, wo die Not besonders groß war, abzuhelfen.

Das Reich stellt aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge den Gewerkschaften ein Darlehen von 25 Millionen Mark zur Verfügung. Die Organisation setzte es sich zur Aufgabe, durch Vermittlung von Aufträgen an die beschäftigungslosen Industrien die Produktion zu heben und Arbeitsgelegenheit zu schaffen und auf der anderen Seite die zu erschwinglichen Preisen hergestellten Gegenstände an die organisierten Mitglieder abzugeben. Während der ganzen Zeit der Depression in der Bekleidungsindustrie vergab die Warenversorgungsstelle eine große Anzahl von Aufträgen an diejenigen Unternehmungen, welche ihr vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung bezeichnet wurden.

Es war schon bei Gründung der Warenversorgungsstelle vorausgesehen, daß der freie Handel, der sich durch die Tätigkeit einer Organisation, welche die Versorgung von Millionen von Mitgliedern in die Wege leiten konnte, in seinen Gewinnmöglichkeiten bedroht sah, nicht untätig bleiben würde. Bereits zu Anfang appellierte er an die Solidarität der Unternehmer mit dem Handel, versuchte die Fabrikanten von der Lieferung an die Warenversorgung abzuhalten, machte ihnen in seinen Fachzeitschriften schwere Vorwürfe, daß sie sich der Kontrolle der Gewerkschaften unterwerfen und Bedingungen eingegangen seien, die sie selbst nie hätten erreichen können. Fabrikanten, welche an die Warenversorgungsstelle lieferten, wurden auf die schwarze Liste gesetzt, um sie zu boykottieren. Die Fabrikanten aber waren bei der schlechten Konjunktur auf dem Bekleidungsgebiete sehr froh, sich durch das Reich Aufträge vermitteln zu lassen, um so ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Mit dem weiteren Fallen der Mark und dem damit einsetzenden Export, welcher relativ gute Absatzmöglichkeiten für die Industrie schuf, schwand jedoch ihr Interesse an einer planwirtschaftlichen Regelung der Produktion, und sie schlossen sich dem Kampfe des Handels gegen die Warenversorgung der Gewerkschaften an. Mit Eingaben an Regierung und Parlament, mit Irreführung der öffentlichen Meinung in Zeitungen und Fachzeitschriften über die Tätigkeit der Warenversorgung, besonders über die Kreditbewahrung, wurde auf das Reichsarbeitsministerium eingewirkt, um es zu einer Abkehr von dem Unternehmen zu veranlassen. Man fürchtete direkt eine Gefährdung seiner Profitmöglichkeiten, indirekt die Erbringung des Beweises, daß eine Planwirtschaft möglich ist, und sah mit größtem Unbehagen auf die Sache als auf einen Versuch, die Möglichkeit einer Sozialisierung praktisch zu beweisen. Besonders der Kredit des Reiches war dem freien Unternehmertum ein Dorn im Auge. Man machte die rechtsstehenden Parteien, vor allem die Deutsche Volkspartei gegen das Reichsarbeitsministerium scharf. Diefelbe Regierung aber, mit deren Hilfe seinerzeit die Warenversorgung geschaffen wurde, brachte nicht sozial Konsequenz auf, um diesen Beeinflussungsversuchen gegenüber fest zu bleiben. Sie verlangt heute die Rückzahlung des Kredites und zwar mit der sehr merkwürdigen Begründung, daß gegenwärtig eine Arbeitslosigkeit nicht mehr bestehe und infolgedessen ein Kredit aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gewährt werden könne.

Und das tut das Reichsarbeitsministerium in demselben Augenblick, wo der gleiche Referent, der für die ganze Frage zuständig ist, Ministerialrat Dr. Weigert, im Beiblatt zur Nr. 256 des „S.-Uhr-Abendblattes“ unter der Ueberschrift „Rüsten wir uns gegen die kommende Arbeitslosigkeit“ die gleiche Ansicht vertritt, welche die Gewerkschaften der Regierung gegenüber immer geltend gemacht haben, daß nämlich die gegenwärtige Hochkonjunktur nur eine vorübergehende krankhafte Erscheinung ist und daß ihr sehr bald eine Zeit größter Depression folgen muß. Man gibt also auf der einen Seite zu, daß das, was die Gewerkschaften voraussehen und verfolgen, richtig ist und stellt sich auf der anderen Seite derselben Organisation gegenüber, die ein Jahr lang als eine solche Rüstung gegen die Arbeitslosigkeit gedient hat, auf den rein formalen Standpunkt. Die Gewerkschaften werden sich aber dem Druck der Interessentverbände auf die Regierung gegenüber nicht passiv verhalten, sondern verlangen, daß eine Einrichtung, die sich als notwendig und segensreich erwiesen hat, nicht dem strahlenlosen Gewinnmangel einzeln geopfert wird. Von allen Teilen des Reiches laufen Beschlüsse ein, in denen sich die Gewerkschaften aller Richtungen, nicht nur die freien, scharf gegen das Verhalten der Regierung wenden, deren Vorgehen sie sich nur durch kapitalistischen Einfluß erklären können. Auch die sozialistischen Reichstagsfraktionen haben sich mit der Angelegenheit befaßt und die Abgeordneten Rählg stellte vor einigen Tagen im Reichstag die Forderung auf, daß die gewerkschaftliche Warenversorgung von Seiten der Regierung keinesfalls durch Kreditentziehung lahmgelegt werden dürfe, am allerwenigsten zu einer Zeit, wo sie sich bei der allgemeinen Preistreibererei als Preisregulator erweist und wo man bereits mit Sicherheit voraussetzt, daß die Tage der gegenwärtigen Hochkonjunktur gezählt sind. J. Huber.

21. November einem neu angerufenen Schlichtungsausschuss im Reichsarbeitsministerium der Antrag unterbreitet, den Schiedsspruch vom 29. Oktober nur bis 30. September gelten zu lassen und für die Zeit nach dem 1. Oktober eine wesentliche Erhöhung der Sätze einzutreten zu lassen, entsprechend der auch den Staatsbeamten gewährten Erhöhung. Das Schiedsgericht hat nun dem Antrage der Angestellten nicht stattgegeben, sondern in vollkommener Verkennung der Sachlage das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und einen Spruch gefällt, der die Beamtensoldung in allen ihren Konsequenzen ab 1. April den Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke zusprach. Dieser Spruch bedeutet eine glatte Abweisung der gesamten Wünsche der Angestellten, um die jetzt sieben Monate verhandelt wird, denn nach dem Grundsatze der Beamtensoldung erfolgte die Bezahlung bereits seit 1919, und gerade dieser Grundsatze war es, der aus den oben angeführten Gründen eine tiefgehende Mißstimmung erzeugt und schließlich dazu geführt hat, daß im September der Streik um den Tarifvertrag ausbrach. Er bedeutet aber weiterhin eine Benachteiligung der Angestellten gegenüber den Beamtenruppen beim Magistrat Berlin, denn die Nachzahlung aus der Revision des Gruppenplanes muß nach den gesetzlichen Vorschriften für die Beamten rückwirkend ab 1. April 1920 sein, während die Angestellten infolge ihres Tarifvertrages nur Ansprüche ab 1. April 1921 geltend machen könnten. Diese Tarifansprüche die Annahme des Schiedsspruches vom 21. November zu einer glatten Unmöglichkeit. Die Angestelltenverbände haben dann am 22. November nochmals verurteilt, das drohende Unheil abzuwenden. Sie haben in persönlicher Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Böß die bekannten vier Punkte unterbreitet. Sie wollten dadurch dem Magistrat einen Weg der Verständigung im letzten Augenblick zeigen. Der Magistrat hat aber sämtliche Anträge der Gewerkschaften abgelehnt und dadurch den Verbänden es unmöglich gemacht, für die Annahme des Schiedsspruches einzutreten. Die Gewerkschaften sind sich aller Folgen bewußt, die ein Streik der städtischen Angestellten gerade in diesem Moment der wirtschaftlichen Unruhen im Gesolge haben kann, sie haben aber durch die starre Haltung des Magistrats jeden Weg zu einer Verhinderung dieses Konfliktes verriegelt, und so konnte die Volksversammlung der Angestellten am 23. November nicht anders beschließen, als daß eine sofortige Urabstimmung gehehmt und getrennt nach Gewerkschaften vorgenommen soll, die allerdings gleichzeitig die Abstimmung über den Streik bedeutet, da eine Verhandlungsmöglichkeit nicht mehr vorhanden ist, nachdem das Schiedsgericht im Arbeitsministerium entschieden hat.

Es steht zu hoffen, daß noch in letzter Stunde die Stadtverordnetenversammlung verurteilt wird, den Magistrat zu einem Nachgeben zu bewegen. Es ist nämlich geradezu unerträglich, wie der Magistrat die Bewilligung der strikten vier Punkte verweigern konnte, nachdem die Magistratskommission in monatlangen Verhandlungen und nach einer Stunde vor Fällung des Schiedsspruches die Berechtigung der Forderungen anerkannt hatte und ihre Gewährung bereits beschlossen hatte. Sollten die Angestellten zum Streik gezwungen werden, so würde dieses wahrscheinlich der Stadt Berlin mehr Schaden verursachen, wie die Bewilligung der Forderungen ergeben würde.

Man mag zu den ständigen Bokämpfen zwischen den Angestellten und Arbeitern der städtischen Betriebe stehen wie man will, das Schauspiel, das sie in den letzten Monaten bieten, ist eines Gemeinweles wie Berlin einfach unwürdig. Rügen auch die Extremen von links und rechts ihre helle Freude daran haben, so ist und bleibt es ein auf die Dauer ganz unhaltbarer Zustand, daß das direkt unbetätigte Publikum, das auf das Wasser, auf die Beleuchtung, die Straßenbahnen u. a. m. angewiesen ist, fortgesetzt beunruhigt wird und die Konflikte auszuhalten hat. In Betrieben, die nicht der Plusmoderei, sondern in erster Linie dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen haben, muß es möglich sein, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf friedlichem Wege zu regeln. Fehlt es an der nötigen Einrichtung zur Verständigung, dann muß sie unverzüglich geschaffen werden. Auch der Konkurrenzstreit zwischen den beteiligten Anstellungsverbänden und dem „Kombi“ muß ausgeschaltet werden. Auf beiden Seiten muß der gute Wille zu einträchtiger Zusammenarbeit und zur Verständigung vorhanden sein. Das richtige Auzenmaß für das unbedingte zu Gemährende auf der einen und für das möglichst Erreichbare auf der anderen Seite darf nicht befehle gelassen werden. Für beide Teile wäre es höchst beschämend, wenn sich erweisen würde, daß eine dauernd geordnete Werkführung im Eisenbetriebe der Stadt nicht möglich ist. Zweifel steht auf dem Spiele, um nicht alles daranzusetzen, dem fortwährenden Streit ein Ende zu machen, sei es durch den Ausbau der Tarifkommission zu einer Arbeitsgemeinschaft oder sonstige. Vor allem weniger Bürokratie, die für die Umstände so sein mag, für die Werke jedoch verfehlt ist. Auch den direkt Beteiligten dürfte allmählich klar geworden sein, daß schmerzhafteste Umkehr geboten ist. So wie bisher, geht es nicht gut weiter.

Eine unangenehme Ueberraschung!

Wir sind von unseren Lieferanten durch ganz unglaubliche Preisaufschläge überrascht worden.
So kostet uns jetzt z. B. eine Gold-Doublebrille, wenn wir sie beziehen, M. 81.— selbst. Wir verkaufen sie augenblicklich noch mit M. 70.— ohne Gläser. Wir müssen also noch bares Geld darauf zahlen, um das Lager durch die verkaufte Brille zu ergänzen.
Allerdings müssen wir zugeben, daß die Aufschläge, soweit sie Gold und Gold-Double betreffen, berechtigt sind, da der Feingoldpreis innerhalb sechs Monaten von M. 40.— auf M. 220.— pro Gramm emporgeschossen ist.
Trotzdem wollen wir unsere werthe Kundschaft nicht in gleich unangenehmer Weise überraschen. Wir kündigen daher unsere Preiserhöhung schon jetzt an.

Sie tritt am 1. Dezember in Kraft. Bis dahin kaufen Sie bei uns noch zu den bisherigen Preisen, das heißt also vielfach unter unseren Einkaufspreisen. Für Neuankömmlinge und für neu hereinkommende Ware müssen aber schon heute die erhöhten Preise in Anrechnung kommen.

Unsere Preise für Gläser pro Paar!

	heute	ab 1. Dezember:
Bl-Gläser	M. 12.—	M. 18.—
Optik-Gläser	19.—	24.—
Buntkorrekt-Gläser	24.—	32.—
Sanstopp	32.—	42.—

Optiker Ruhnke

- C Spittelmarkt Ecke Wladiv. Alexander-Platz n. W. 113
- SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf
- N Friedrich-Str. 106 Ecke Jäger-Str.
- SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
- W Friedrich-Str. 193 a Ecke Leipziger Str.
- NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorstheim-Str.
- N Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str.
- S Roskauer Damm 10 nahe Rantow
- N Chaussee-Str. 72 nahe Müller-Str.
- Invaliden-Str. 117 am Göttermarkt
- Derg-Str. 4 Ecke Riesen-Str.
- O Frankfurter Allee 14 nahe Klein
- Friedenau: Schönhauser Allee 81 am Bbl. Werdberg
- Friedenau: Schönhauser Allee 14 nahe Klein
- Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15 Ecke Herburger Str.
- Schöneberg: Jannich-Str. 21 Ecke Waisen-Str.
- Wilmersdorf: Berlin-Str. 11-13 nahe Wilmersdorfer Platz
- Wilmersdorf: Berlin-Str. 11-13 nahe Wilmersdorfer Platz



Deutsch-Metallarbeiter-Verband
Bermittlungsgest. Berl.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Direktor **Adolf Kröger** Schlichter Str. 31, II am 21. November gebildet ist.
Die Einlösung findet am Freitag den 23. November, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riechholzstr. statt.
Ferner hat unter Leitung der Schlichter **Berhard Thomschek** Wilmersdorf, Behlische Str. 82, am 21. November.
Die Einlösung findet am Samstag den 26. November, nachmittags 3 Uhr, in der großen Halle des Krematoriums Baumgartenweg, Riechholzstr. statt.
Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet 102/19 Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin W 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Roeben 185, 1208, 1267, 9714.
Sonntag, den 27. November 1921, vormittags 9 Uhr
in der Schulaula, Weinmeisterstr. 10/17:
Branchenversammlung aller im D.M.A. organisierten Kollegen der Eisenkonstruktion, Kran-, Aufzugs- und Metallwerk-betriebe
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage. 2. Bericht der Verhandlungskommission. 3. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes legt Bericht.
102/7 Die Ortsverwaltung.

Einladung
zur **ordentlichen** **Auswahl**
der Allgemeinen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 27. November 1921, um 9 Uhr nachmittags im Reichshaus in Berlin, Friedrich-Str. 106, 1. Stockwerk, 1. Saal.
Tagesordnung:
1. Änderung der §§ 20, 20a und 21a der Satzung.
2. Festlegung des Berichtsjahres für das Jahr 1922.
3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1921.
4. Verschiedenes.
Die Herren Auswahlmittglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ersucht, sich rechtzeitig zu melden.
Berlin, den 23. November 1921.
Allg. Ortskrankenkasse Niederberlin, **R u b e r t**, Vorsitzender.

Jeder Kaufmann
erzielt durch Inserate im „Vorwärts“
höheren Umsatz
und damit
größeren Nutzen

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden, Innen- u. besonders venereal, etc. nervöse Störungen, Manneschwäche, Haarausfall usw. jeden Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 17, Kottbuser Str. 23, am Kriminalgericht. Bei lehrende Broschüre völlig kostenfrei gegen 2 M. Leiden angeben.

Brillanten, Juwelen
Kauf auch ganze Nachlässe
resond. große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer
Diamantschleiferei
Gegr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

Wettbewerb Ehrenmal Sennefriedhof Bielefeld
Es sind 167 Entwürfe rechtzeitig und 2 verspätet eingegangen. Das Preisgericht, erkannt unter Vermittlung der Jurie von 3 auf 5 Mitglieder, hat als Gewinner des ersten Preises den Entwurf des Architekten **Prof. Dr. Ing. Hans Müller** in Bielefeld, Weststraße 10, für 2000 M. angenommen. Der zweite Preis ist für 1000 M. an den Architekten **Prof. Dr. Ing. Hans Müller** in Bielefeld, Weststraße 10, für 1000 M. und der dritte Preis für 500 M. an den Architekten **Prof. Dr. Ing. Hans Müller** in Bielefeld, Weststraße 10, für 500 M. Das Preisgericht hat die Entwürfe der übrigen Teilnehmer für ungenügend befunden. Die Entwürfe sind dem Preisgericht bis zum 1. Dezember 1921 im Stadtvorstandesamt in Bielefeld einzureichen. Die Entwürfe werden bis zum 1. Dezember 1921 im Stadtvorstandesamt in Bielefeld aufbewahrt. Die Entwürfe werden bis zum 1. Dezember 1921 im Stadtvorstandesamt in Bielefeld aufbewahrt. Die Entwürfe werden bis zum 1. Dezember 1921 im Stadtvorstandesamt in Bielefeld aufbewahrt.

Bezirksverb. Berl. SPD.
79. Abteilung.
Am 18. Novbr. verschied plötzlich durch Unfall unsere Genossin **Anna Staeger** im 33. Lebensjahre.
Wir werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Einlösung erfolgt am Sonntag, den 26. Novbr. nachm. 3/4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riechholzstr. 17/17.
Rechtliche Beteiligung erwartet.
Der Vst.-Führer.

Evert & Mittelmann
Bankgeschäft
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4 Gegr. 1875
gegenüber d. Petrikirche
Fernspr.: Zentrum 2373, 7104 u. 11541
An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
Geschäftst. 9-3

Garderoben
für Herren und Damen vom einfachsten bis zum feinsten Genre auf **Teilzahlung**
Grehler Weinbergsweg 4

Soeben erschienen!
Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunistischen Internationale
E. VARGA
Steuerfragen und Steuerpolitik
Inhalt: Steuern und Gesellschaftsformen. / Die Grundbegriffe der Steuerlehre. Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern. / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien.
24 Seiten. Zu beziehen durch **Preis 30 Pf.**
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, HAMBURG 11

Metall
Grüner Weg 88
zahlige Tagesreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**
Auf Teilzahlung!
Anzüge u. Paletots
in moderner Ausführung für **Herren und Burschen**
Prima Verarbeitung!
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100
Eing. l. Möb.-gesch.

Jedes Wort 1.50 M. Kleiner Anzeigen Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 8 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Verkäufe
Kunststoffe 100.—!...
Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Grundbesitzer, teils unter günstigen Bedingungen...
Erster Buchhalter
Bilanzbucher, nicht unter 10 Jahre...
Frauen oder Männer
Zeitungsausstragen
3.3. Lausitzer Platz 14/15
Bärwaldstr. 42
Prinzenstr. 31
Aderstraße 174 (Koppenplatz)
Jannaustr. 24
Monteure
für Blecharbeiten, Absaugungsanlagen sofort gesucht
Danneberg & Quandt
Montagebüro
Berlin-Lichtenberg
Siegfriedstraße 49-53
Botenfrauen
für die Touren Eldinger Straße und Warthauer Straße
stellt ein
Z. Z.
Ausgabestelle
Peterburger Platz 4